

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

[Beiträge]

[urn:nbn:de:bsz:31-336895](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-336895)

Polizist, Hund und Stock.

Eine Humoreske.



Ein weiser Rabbi traf einst auf seinem Spaziergang einen Häscher, der aus vollem Halse lachte, weil ein Hund wütend in einen Stock biß, mit dem er geschlagen worden war.

„Weshalb lachst du so laut?“ fragte der Rabbi den Mann.

„Ei, sieh' nur dieses dumme Tier,“ erwiderte der Gefragte, „wie wütig es in den Stock beißt, der doch gar nichts von den Bissen fühlt — weil er eben ein Stock ist. Muß man da nicht lachen!“

„Du hast den Hund aber mit dem Stock geschlagen, und nun läßt das Tier seine Wut statt an dir an dem Stock aus.“

„Ja,“ lachte der Häscher, „der Hund ist eben ein dummes Tier!“

Der Rabbi und der Häscher gingen hierauf eine Weile zusammen auf der Landstraße. Dann begann der Weise: „Du hast kürzlich einige Bauern vor den Kadi gebracht, weil sie im Verdacht des Schmuggels standen?“

„Das habe ich getan,“ antwortete der Häscher, „ich hatte den Auftrag dazu von meinem Pascha.“

„Sieh“, sagte hierauf der Weise, „dann bist du eigentlich auch nur ein Stock in der Hand eines andern.“

„Ach was, wie könnt Ihr mich mit einem Stock vergleichen?“

Kaum hatte der Häscher das Wort ausgesprochen, als viele Bauern aus dem Dickicht sprangen und den armen Kerl wegen der Denunziation fürchterlich durchbläuten. Nur auf Zureden des weisen Rabbi standen sie vor weiteren Mißhandlungen ab, und auch dann erst, als der Häscher beim Barte des Propheten schwor, die Bauern nicht anzeigen zu wollen; sonst hätten sie ihn totgeschlagen.

„Ach Gott,“ jammerte nun der Häscher, indem er sich den Rücken rieb, „die haben es arg mit mir getrieben. Es ist gut, daß Ihr dabei waret, sonst wäre es mir schlecht ergangen.“

„Eigentlich sollte der Pascha die Prügel haben,“ bemerkte der Rabbi, „denn dieser Mann war doch schuld an der Denunziation.“

„Ja, ja,“ heulte der Häscher, „die Ehren für die großen Herren, die Prügel für uns!“

„Siehst du,“ sagte der Weise, „daß ich recht hatte, als ich dich mit einem Stock verglich?“

„Aber du wirst doch nicht bestreiten wollen,“ entgegnete der Geprügelte, „daß es in unserem mohammedanischen Staatswesen solche Einrichtungen geben muß!“

„Beileibe nicht,“ antwortete der Rabbi, „gewiß muß es Pascha und Häscher geben, ebenso auch Stöcke, denn womit wollte man sonst wohl prügeln?“

Sprachs und zog seines Wegs fürbaß.



Meiner Mutter.

Wie oft sah ich die blassen Hände nähen,
Ein Stück für mich — wie liebevoll du sorgtest!
Ich sah zum Himmel deine Augen flehen,
Ein Wunsch für mich — wie liebevoll du sorgtest!

Und an mein Bett kamst du mit leisen Zehen,
Ein Schutz für mich — wie liebevoll du horchtest!
Längst schon dein Grab die Winde überwehen,
Ein Gruß für mich — wie liebevoll du sorgtest.

Dellev v. Eilfencron.

Soziale Strömungen des Jahres 1848.

Bei den meisten Schilderungen der Ereignisse des „tollen Jahres“ 1848 wird ein Moment vollständig unbeachtet gelassen, nämlich die sich neben den oder durch die politischen Begebenheiten bemerkbar machenden sozialen Strömungen in den Handwerker- und Arbeiterkreisen. Wenn auch von einem Klassenbewußtsein bei den Arbeitern im allgemeinen noch nicht die Rede sein konnte, so hatten sie doch in ihrer Mehrzahl schon begriffen, daß ihre Interessen nicht dieselben seien, wie die des stark aufwärtsstrebenden Bürgertums, dem sie zwar willkommene Bundesgenossen in den Kämpfen gegen den Absolutismus waren, das aber sofort einen feindlichen Standpunkt einnahm, als die Arbeiter auch an den Früchten des Sieges partizipieren wollten.

Das zeigte sich ganz besonders scharf in Berlin. Dort war kaum das Kampfgewühl des mit Hilfe der Arbeiter gewonnenen 18. März verklungen, als die Bourgeoisie sich auch schon bemühte, durch allerlei Almosen die Arbeiterklasse von weiteren Forderungen abzuhalten. So wurden alle Pfänder der Leihanstalten freigegeben. Am 24. März wurden 6000 Kommisßbrote verteilt, ebenso auch die folgenden Tage, und der Magistrat erließ eine Bekanntmachung, nach welcher „in Veranlassung der jüngst verfloßenen denkwürdigen“ Tage erstens sämtliche Mietereise bis Ende Dezember 1847 und zweitens die Reste der Schulgelder und aller Strafgeelder niedergeschlagen seien.

Am 26. März fand die erste große Arbeiterversammlung statt. Die Arbeiter forderten dort ein Arbeitsministerium, einen Minimallohn von vier Talern wöchentlich und Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden. Ferner Selbstverwaltung ihrer Klassen, Verbot der Zucht- haus- und Kinderarbeit, Beschränkung der Verwendung von Maschinen, und Altersversorgung für Invaliden. Im wesentlichen wurden diese Forderungen auch, wenigstens scheinbar, bewilligt; wußte man doch nicht, wie man die Arbeiter noch gebrauchen konnte. Als diese aber weiter gingen und „Bewaffnung der arbeitenden Klassen“ forderten, wurden ihre Versammlungen verboten. Die Angst vor dem „Kommunismus“ bewog die Bourgeoisie, der Reaktion Konzessionen zu machen, um „Herr“ über die Arbeiterklasse zu bleiben.

Das Kleinhandwerkertum, das damals noch eine weit größere Stärke hatte als heute (nach der Zählung von 1846 gab es in Preußen 457 365 Meister mit 384 783 Gesellen und Lehrlingen), war in seiner übergroßen Mehrheit durchaus reaktionär gesonnen. Wenngleich sie vorher auch oft genug über die Brutalität der Polizei und der lästigen Bürokratie empört gewesen, waren sie jetzt doch nur engherzig darauf bedacht, ihre vermeintlichen Interessen wahrzunehmen. In Preußen war schon 1811 durch die Steinische Gesetzgebung die Gewerbefreiheit eingeführt worden und diese war dem zölpfigen Handwerkertum ganz besonders ein Dorn im Auge. Weit entfernt davon, einzusehen, daß die Gewerbefreiheit eine Vorbedingung oder doch eine Folge höherer wirtschaftlicher Entwicklung sein mußte, machten sie diese vielmehr für alle Schäden der Zeit verantwortlich; ja, auch dem im Juni 1848 stattgefundenen Hamburger Handwerkeritag verstieg sich ein Delegierter sogar zu dem Ausspruch: „Die Berliner Rebellion sei bloß eine Folge der Gewerbefreiheit“ und fand hiermit auch allgemeinen Beifall.

Am 22. April richteten verschiedene Leipziger Innungen an „alle Innungsgenossen Deutschlands“ ein Schreiben, in dem diese aufgefordert wurden, am Innungswesen, diesem „Kleinod“, festzuhalten, da sonst „Deutschland nie wieder gute Tage sehen würde“. Im weiteren wandten sie sich gegen das in Vorschlag ge-

brachte allgemeine Wahlrecht, da hierdurch „der Handwerksmeister von seinen Gesellen überstimmt würde“. Auch ihrer Judenfeindschaft gaben sie Ausdruck, indem sie gegen die Emanzipation der Juden protestierten.

Die in diesem Briefe niedergelegten Ideen sind so im allgemeinen die Gesichtspunkte, welche auf allen damaligen Handwerkerversammlungen zum Ausdruck kamen.

Um dieselbe Zeit lief bei dem in Frankfurt versammelten Fünfziger-Ausschuß ein Schreiben der Bremer Tischlerinnung ein, in welchem der Wunsch ausgesprochen war, das Parlament möge in allen die Handwerker betreffenden Fragen nichts beschließen, ohne die Handwerker selbst zu hören. Infolge dieses Schreibens trat am 2. Juni die bereits erwähnte „Abgeordnetenversammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes“ in Hamburg zusammen. Diese, von durchaus reaktionärem Geiste durchwehte Versammlung beschloß, auf den 14. Juli einen allgemeinen deutschen Handwerkerkongreß einzuberufen. Dies wurde dem Frankfurter Parlament in einer Adresse mitgeteilt und gleichzeitig darin ausgesprochen, daß „die Handwerker sich für mündig und befugt erklären, ihre Angelegenheiten selbst zu leiten, also auch die Lösung der sozialen Frage selbst zu unternehmen“.

Die Verhandlungen des Frankfurter Handwerkerkongresses begannen denn auch am 14. Juli und endeten erst am 18. August. Also rund fünf Wochen nahm diese „Lösung der sozialen Frage“ in Anspruch. 116 Delegierte waren gekommen, darunter auch zehn Gesellen. Diesen wurde jedoch mitgeteilt, daß die Meister ihr Interesse mitvertreten würden und ihnen deshalb der Zutritt zum Kongreß verweigert; schließlich wurde ihnen zugestanden, sich durch Meisterdelegierte, „zu denen sie das meiste Vertrauen hätten“, vertreten zu lassen. Die Gesellen wollten sich aber nicht so ohne weiteres abweisen lassen und beschloßen, einen eigenen Gesellentongreß einzuberufen. Dies kam den Meistern allerdings sehr ungelien; wollten sie sich doch allein als die Vertreter der „produktiven Stände“ betrachten wissen! Da die Gesellen aber alle ihnen jetzt gemachten Zugeständnisse ablehnten, mußten sie wohl oder übel diesen zweiten Kongreß neben sich dulden.

Der Meisterkongreß teilte gleich nach seinem Zutritt dem Parlament mit, daß er dem letzteren einen Entwurf einer Gewerbeordnung zukommen lassen würde. Gleichzeitig wurde das Parlament ersucht, seinen volkswirtschaftlichen Ausschuß anzuweisen, die neuzuschaffenden Gesetzesparagrafen über Heimatsberechtigung, Gewerbeordnung und ähnliches mit dem Handwerkerkongreß gemeinschaftlich zu beraten. Jener Ausschuß hatte denn auch eine Sitzung mit einer Kommission des Kongresses, in welcher diese ihre „Grundprinzipien“ vorlegte. Da diese sich aber in erster Linie gegen die Gewerbefreiheit richteten und die große Mehrzahl des volkswirtschaftlichen Ausschusses aus Anhängern derselben bestand, konnten die Verhandlungen zu keinem Resultate führen.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses wurden sehr beeinflusst von einem Professor namens Winkelblech. Dieser war schon auf dem Hamburger Handwerkeritag gewesen und hatte sich dort, obgleich anfangs gegen seine Zulassung protestiert worden war (weil er nicht Gewerbetreibender war), bald die Anerkennung der Delegierten zu verschaffen gemußt. Wie die Mehrzahl des Kongresses, war auch er eifriger Gegner der Gewerbefreiheit, deren Aufrechterhaltung er für ein großes Unglück hielt. Ueberhaupt waren die Anschauungen dieses

Mannes ein seltsames Gemisch von reaktionären und fortschrittlichen Ideen. Er war Feind des Kapitalismus und des Proletariats zugleich. Das Handwerk wollte er retten und verlangte dazu „eine wahrhaft christlich-germanische Zunftverfassung“, die die Welt vor dem „Kommunismus“ behüten sollte. Andererseits forderte er aber auch vom Staate die Einrichtung einer „sozialen Kammer“, welche die ganze soziale Gesetzgebung zu beraten und dem Parlament zur Beschlußfassung zu überreichen hätte.

Der Kongreß machte sich die Ideen Winkelblechs zu eigen und forderte noch außer dem Erwähnten die Beschränkung und Besteuerung der Fabriken. Weiter wurde neben dem „Recht auf Arbeit“ noch ein Verbot der Staats- und Kommunalverfassungen verlangt. Aber das Parlament in seiner Mehrheit betrachtete die auf dem Kongreß entwickelten Ansichten als reaktionär und zeitwidrig, wodurch der ganze Kongreß resultatlos verlief. Und selbst wenn diese Ansichten Gesetzeskraft erlangt hätten, wären sie wirkungslos geblieben, weil sie nicht hineinpaßten in den Rahmen der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft und doch bald wieder hätten aus dem Wege geräumt werden müssen.

Wenn wir uns bis jetzt hauptsächlich mit der Bewegung der Handwerker befaßt haben, wollen wir jetzt betrachten, inwieweit die Arbeiter sich rührten, sich Organisationen schufen und mit Forderungen an Staat und Gesellschaft herantraten. Den ersten größeren Versuch zur Gründung einer Fachorganisation machten die Buchdrucker. Sie traten vom 11. bis 14. Juni in Mainz zusammen und gründeten dort den „National-Buchdruckerverein“, welcher allerdings später wieder einging, aber als ein Vorläufer des 1886 gegründeten, noch jetzt bestehenden Verbandes bezeichnet werden kann. Der Buchdruckertag wandte sich auch mit einer Eingabe an das Frankfurter Parlament und forderte Einsetzung eines Arbeitsministeriums und Errichtung von Kranken-, Sterbe- und Witwenkassen mit Staatshilfe.

Der schon erwähnte, neben den Meistern in Frankfurt einberufene Gesellenskongreß war ziemlich zahlreich besetzt worden. Um ihr schroffes Vorgehen gegen die Gesellen etwas zu mildern, hatte sich der Meistertkongreß verpflichtet gesehen, eine aus Meistern bestehende „Gesellenskommission“ einzusetzen, mit der die Gesellen unterhandeln sollten. Es wurden hier auch verschiedene Arbeiterangelegenheiten zur Sprache gebracht. So ein Antrag auf einen Minimallohn, ferner auf Altersversorgung in halber Arbeiter, wobei ein sozial fühlender Meister ausführte, daß „der elendeste Mensch der alte, arbeitsunfähige Handwerksbursche sei. Der Geselle habe so gut für die Menschheit, fürs Vaterland gearbeitet, wie der Beamte und dürfe nicht ferner gezwungen sein, von Haus zu Haus betteln zu gehen. Auf Versorgung habe er gerechte Ansprüche; nicht als Almosen, sondern als Recht dürfe er fordern, im altersschwachen Zustande vor Nahrungsvorsorgen gesichert zu sein.“ Ein Antrag, „das Verheiraten zu erleichtern“, welcher von den Ansbacher Gesellen gestellt war, wurde natürlich abgelehnt. An der empfindlichsten Stelle wurden die Meister aber durch einen Antrag der Gesellen aus Halle getroffen, welcher forderte: Die Zahl der Lehrlinge, die ein Meister halten dürfe, auf zwei festzusetzen. Ein Nürnberger Konditor soll darüber in „große Entrüstung“ geraten sein. Allerdings, die unbeschränkte Lehrlingsausbeutung, diese Grundlage mancher Meistereigenschaft, wollten sich die Herren nicht nehmen lassen. Ein weiterer Antrag aus Halle verlangte die Festsetzung der Arbeitszeit. Es wurde vorgeschlagen, für die Bauhandwerker elf, für die übrigen zwölf Stunden festzusetzen und Mehrarbeit zu vergüten. Zu einem Beschluß kam es hierüber aber nicht.

Die 27 dem Gesellenskongreß zusammengekommenen

Arbeiter erwiesen sich als recht unfundige Leute, deren Gesichtskreis recht beschränkt war, was ja allerdings nicht verwunderlich ist. In den Hauptpunkten stimmten sie mit den Meistern überein und bewiesen damit, wie wenig sie ihre Klasseninteressen begriffen hatten. Auch sie waren gegen die Gewerbefreiheit, erklärten sich aber doch gegen die Besteuerung der Fabriken und gegen die Arbeitsbücher. Auch forderten sie einen zehnstündigen Normalarbeitstag. Den Forderungen der Meister auf Zwangsinnungen und Schutzölle stimmten sie bei. Ebenfalls waren sie merkwürdigerweise auch für die Heiratsbeschränkungen der Gesellen. Es ist bezeichnend, daß auch auf diesem Kongreß der Professor Winkelblech von entscheidendem Einfluß war.

Außer diesen Beschlüssen ging man an die Gründung eines „allgemeinen deutschen Arbeitervereins“. Auch fand man es für nötig, eine „allgemeine deutsche Arbeiterkolonne“ zu stiften, damit die Mitglieder „ein Zeichen haben, woran sie sich zu erkennen vermögen“.

Nachdem noch der Organisationsplan ausgearbeitet war, wurde der Kongreß nach achttägiger Tagung am 20. September geschlossen. Zum Schlusse war noch eine Kommission gewählt worden, welche eine „soziale Verfassung“ und eine „allgemeine deutsche Erwerbsordnung“ auszuarbeiten sollte. Auch sollte diese Kommission, in die wiederum auch Winkelblech gewählt war, die nötigen Schritte zur Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands tun und eine Zeitung ins Leben rufen. Diese erschien am 1. Januar 1849, ist aber ohne Bedeutung geblieben.

Auch in Berlin war am 18. Juni ein Handwerkerlag zusammgetreten, der aber ziemlich resultatlos verlaufen war. Unbefriedigt mit dem Verlauf dieses Kongresses, erließen sieben Mitglieder desselben, sämtlich Vertreter von Arbeitervereinen, am 26. Juni einen Aufruf an alle „Arbeiter-, Handwerker- und Bildungsvereine Deutschlands“ zur Beschickung eines in Berlin vom 20. bis 26. August abzuhaltenden Arbeiterkongresses. In dem Aufruf wurde betont, daß der Kongreß ausschließlich den Zweck haben solle, die materiellen Interessen der Arbeiterklasse zur Besprechung zu bringen. Aus dem Aufruf geht hervor, daß man es hier mit einer etwas entschiedeneren Richtung zu tun hat als auf dem Frankfurter Gesellenskongreß, wenn auch auf diesem Kongreß die Unklarheit immer noch dominierte und seine Beschlüsse einen stark utopistischen Charakter haben.

Der Kongreß trat am 23. August zusammen. Es waren 35 stimmberechtigte und 5 beratende Teilnehmer erschienen, die 35 Arbeitervereinigungen vertraten. Zum Präsidenten wurde der Vertreter des Breslauer Arbeitervereins, der schon 72jährige Botaniker Nees v. Esenbeck, welcher ein eifriger Anhänger der Arbeiterfrage war, gewählt; zum Vizepräsidenten der Schriftsetzer Born aus Berlin. Zunächst wurde auch hier eine Organisation für die deutschen Arbeiter geschaffen. Es sollten in 26 Städten Lokalkomitees gebildet werden, die an den einzelnen Orten Fachorganisationen schaffen sollten und für deren weitere Ausbreitung zu sorgen hatten. Ueber diesen Lokalkomitees sollten Bezirkskomitees stehen und die Spitze des Ganzen war das Zentralkomitee, das in Leipzig seinen Sitz haben sollte.

Neben dieser praktischen Arbeit wurde auch schon gleich den Utopisereien der weiteste Spielraum gewährt. Neben den Fachorganisationen sollten die Arbeiter eines Ortes auch noch Mitglied einer freien Assoziation sein, welche „dem Kapitalismus seine erdrückende Macht nehmen sollte“. Dem Lokalkomitee sollte auch diese Organisation unterstellt sein, durch welche der Arbeitsnachweis geregelt und der Lohn festgesetzt werden sollte. Auch sollte der Lohn durch das Lokalkomitee dem Unternehmer eingezogen und 7 bis 10 Proz. zur

Gründung eines Fonds abgezogen werden. Erst nach zehn Jahren sollte dieser Fonds, der als Kreditbank dienen sollte, den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, indem sie aus demselben auf vier Wochen zinsfreie Darlehen erhalten konnten. Mit den verfügbaren Geldern sollten Häuser und Landgüter angekauft und nach Parzellierung an die Mitglieder gegen ratenweise Abzahlung überwiesen werden.

Außer diesen Organisationsbeschlüssen wurde noch eine Reihe politischer und sozialer Forderungen formuliert, von denen einige auch heute noch von der klassenbewußten Arbeiterschaft vertreten werden, so die Forderungen betreffs Unterricht und Jugendberziehung; Trennung der Schule von der Kirche; Unentgeltlichkeit der Volksschule und der Unterrichtsmittel usw. Auch dieser Kongreß wandte sich mit einem Schreiben an das Frankfurter Parlament, in dem der Wunsch ausgesprochen war, das Parlament möge die Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses in die Reichsverfassung mit aufnehmen.

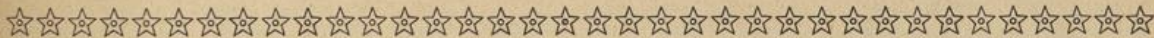
Das gewählte Zentralkomitee trat gleich nach dem Kongreß seine Funktionen an. Der Schriftseher Born übernahm die Redaktion der Zeitung, die unter dem Titel „Verbrüderung“ zweimal wöchentlich erschien.

Zur weiteren Ausbreitung der Organisation entwickelte das Zentralkomitee eine rege Agitation. So wurden ein thüringischer, ein Hamburger und ein bayerischer Arbeiterkongreß abgehalten, die nicht ohne Erfolg für die betreffenden Gegenden blieben. Im Juni 1849 sollte in Leipzig ein allgemeiner Kongreß sämtlicher Arbeitervereine stattfinden, und im rheinischen Industriegebiet, wo die Arbeiterbewegung durch Einwirkung von Karl Marx, Friedr. Engels, Wilh. Wolf u. a. weit klassenbewußter auftrat, rüstete man sich, ihn zahlreich zu beschicken.

Doch es kam anders. In der Pfalz und in Baden brachen die Aufstände wieder aus, und die Regierungen,

die sich schon wieder von den Schrecken des Vorjahres erholt hatten, benutzten diese Gelegenheit, um die vielgehaßten Arbeitervereine, die sie für den Kern der Demokratie hielten, zu unterdrücken. Auflösungen, Verhaftungen, Verbote waren an der Tagesordnung, und jede selbständige Regung der Arbeitervereine wurde unterdrückt. So wurde auch der Leipziger Kongreß zur Unmöglichkeit gemacht. Schon 1850 waren durch gewaltsame Maßregeln so ziemlich die letzten Reste der mit so großen Hoffnungen gegründeten Organisationen verschwunden. Man kann wohl mit Recht sagen, daß der Leipziger Kongreß, namentlich durch das Eingreifen der rheinischen Arbeiterführer, die ganze Bewegung in eine andere, klassenbewußtere Bahn geleitet hätte, die, wenn sie auch von der siegreichen Reaktion zurückgedrängt worden wäre, doch wohl verhindert hätte, daß die Arbeiterklasse wieder einer so stumpfen Apathie anheimfiel, daß selbst ein Feuergeist wie Lassalle bei dem Bemühen, wieder Leben in diese Massen zu bringen, fast verzweifelte.

Wenn wir aber heute auf jene Zeit zurückblicken, so muß uns der Vergleich zwischen damals und jetzt doch mit einer stolzen Genugtuung erfüllen. Damals — die in den ersten Kinderschulden sich unsicher bewegende Arbeiterschaft; heute — diese gewaltige, millionenköpfige, klassenbewußte deutsche Arbeiterbewegung! Eine Entwicklung, die uns mit den besten Hoffnungen auf den endlichen Sieg unserer großen Sache erfüllen muß. Und andererseits das Handwerk, das damals noch eine starke Gesellschaftsklasse repräsentierte, heute aber zu einem kaum noch in Betracht kommenden Faktor hinabgesunken ist. Nicht mehr imstande zur Gründung einer eigenen Partei, tritt es nur noch als Anhänger irgendeiner reaktionären Partei in Erscheinung, und weder Befähigungs-nachweis und Zwangsinnung, noch die sonstige „moderne“ Mittelstandsretterei wird es fertig bringen, dieser zurückgehenden Klasse wieder Leben einzuhauchen.



Christentum und Arbeiterkampf.

In dem großen Befreiungskampf der Arbeiterklasse hat sich das Christentum als der zäheste Widersacher erwiesen; die christlichen Volksschichten haben bisher unserem Vordringen die meisten Hemmnisse entgegengesetzt. Christliche Sonderbündelei hat die notwendige Einheit im gewerkschaftlichen Kampf von Anfang an gestört und nur zu oft treten die christlichen Gewerkschaften als Sirenbrecher auf. In dem politischen Kampf konnte sich die Zentrumspartei jahrzehntelang auf die Masse der katholischen Arbeiter stützen. Allerdings fängt auch der anscheinend so feste Zentrumsturm jetzt bedenklich zu wackeln an und gegen die christlichen Organisationen machen die freien Gewerkschaften immer mehr Fortschritte. Aufhalten kann das Christentum das mächtige Vordrängen des kämpfenden Proletariats nicht, sondern nur verzögern. Aber auch diese Verzögerung empfindet die nach Aufhebung der Ausbeutung lechzende Arbeiterschaft schwer; daher bleibt die Frage nach ihren Ursachen immer eine wichtige Frage, denn nur dadurch läßt sich entscheiden, ob man sie durch besondere taktische oder propagandistische Methoden aufheben kann.

Soll man den christlichen Segnern glauben, so liegt die Ursache klar auf der Hand. Sozialismus und Religion, sagen sie, stehen zueinander wie Feuer und Wasser; sie sind unübersteigbare Gegensätze, und ein gläubiger Christ muß daher die sozialistische Bewegung aufs schärfste bekämpfen. Das klingt nun sehr schön und wird

von der frommen Herde wohl auch anstandslos geglaubt; aber ihre eigene Praxis zeigt, daß hier bloß ein Vorwand, ein Argument, und nicht die wirkliche Ursache vorliegt. Läge die Feindschaft der Christen nur in ihrer Abneigung gegen unser Endziel, den Sozialismus, begründet, warum dann so feindlich gegen den Kampf der Gewerkschaften? Denn mögen die freien Gewerkschaften sich noch so sehr an die Sozialdemokratie anlehnen, ihr Ziel als Gewerkschaften ist nicht der Sozialismus, sondern kürzere Arbeitszeit und höherer Lohn. Dieses Ziel steht nicht in Widerspruch mit der Religion; daß Männern vorzeitig ihre Lebenskraft zerrütet wird und Kinder durch schlechte Ernährung und schlechte Wohnung siech werden und schwach bleiben, ist doch keine Forderung des Christentums. Mag der Sozialismus noch so unchristlich sein, an dem Gewerkschaftskampf müßten die Christen sich nach Leibesträften beteiligen, statt ihn zu lähmen.

Die angebliche Ursache des Gegensatzes zwischen Religion und Sozialismus ist also nur ein Vorwand, aber sie ist außerdem nicht einmal richtig. Denn für das Ziel des politischen Kampfes gilt dasselbe, wie für das Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes. Er will nichts anderes, als eine materielle Umgestaltung der Lebensverhältnisse, Aufhebung aller Not, Sicherstellung des Lebensunterhalts, Beseitigung der maßlosen Verschwendung menschlicher Arbeitskraft durch eine bessere Regelung der Arbeit.

Das hat genau so wenig mit dem Glauben an einen übernatürlichen Welterschöpfer zu tun, wie das bescheidener Ziel einer einfachen Lohnerhöhung. Stehen wirtschaftliche Neuschöpfungen, wie die Gründung eines Erbsitzes, die Anlage einer Gartenstadt, die Gründung eines Konsumvereins in Widerspruch mit der Religion? Der Sozialismus ist nur im Großen, was solche Gründungen im Kleinen sind. Religion und Sozialismus können schon deshalb nicht Gegensätze sein, weil sie über völlig verschiedene Fragen handeln; dieser beschäftigt sich nur mit der materiellen Gestaltung des Wirtschaftslebens, jene besteht in bestimmten Anschauungen über das Uebernatürliche.

Nun wird dagegen von den Agitatoren des Zentrums eingewendet, daß doch die Theorie des Sozialismus, der historische Materialismus, der christlichen Lehre direkt zuwider läuft und diese Theorie die Arbeiter vom Christentum abspenstig macht, ja, daß sogar nach den marxistischen Theoretikern die Religion unter dem Sozialismus völlig verschwinden wird. Gewiß, wir sind der Meinung — das ist eben unser Materialismus —, daß alle Anschauungen der Menschen, auch die religiösen, aus ihren materiellen Lebensverhältnissen entspringen. Aber gerade deshalb liegt uns jede direkte Einwirkung auf abstrakte Ideen, liegt uns namentlich jede Bekämpfung der Religion fern. Kraft unserer Theorie richten wir unser ganzes Streben auf die Umgestaltung der Lebensverhältnisse, auf die Beseitigung von Armut und Konkurrenzkampf; wie sich infolgedessen die religiösen Ansichten umgestalten, ist eine unbeabsichtigte und in gewissem Sinne gleichgültige Nebenerscheinung. Daß das Proletariat immer mehr religionslos wird, liegt nicht in irgend einer Predigt des Materialismus, sondern in seiner eigenen Lebenspraxis begründet. Weil es die Ursache seines Leidens, den Kapitalismus, als eine natürliche, weltliche, irdische Sache erkannt hat und die Kraft in sich fühlt, sie zu beseitigen, tritt ihm in seinen wichtigsten Lebensfragen nirgends eine übermächtige, geheimnisvolle Macht entgegen, die einem religiösen Glauben Nahrung geben könnte. Wir sind der Meinung, daß mit der Beseitigung alles Elends dieser Glaube völlig seinen Boden verlieren wird; aber kann darin für die Christen ein Grund liegen, den Sozialismus zu bekämpfen? Ja, wenn sie selbst auch dieser materialistischen Ansicht huldigten, dann könnte man verstehen, daß sie die Religion dadurch retten wollen, daß sie das Elend der Massen instand halten. Da sie aber selbst doch wohl entgegengesetzter Meinung sind, daß die Religion auch unter einer glücklichen Menschheit ewig bleiben werde, liegt für sie kein Grund vor, uns nicht in dem Kampf gegen die Not, für eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu unterstützen. In philosophischen Meinungen und metaphysischen Anschauungen besteht kein Zwang; darüber läßt sich reden; was wir wollen und worauf wir uns verpflichten, ist nur die materielle Umgestaltung der Produktionsweise.

Die Einwände der Christen gegen den Sozialismus sind also völlig unberechtigt, und ihre feindliche Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung muß danach verständlich erscheinen. Das besagt aber nur, daß die wirkliche Ursache irgendwo anders liegen muß. Sie liegt darin, daß die Religion nicht bloß eine abstrakte Anschauung über das Uebernatürliche, ein Glauben ist, sondern zugleich als eine gesellschaftliche Organisation, als Kirche auftritt.

Die Kirchen sind historisch entstandene Organisationen, worin diejenigen, die — sei es durch Wohnort, durch Ab-

stammung oder als Klasse — zusammengehört und gemeinsame Interessen hatten, zusammengefaßt wurden. Wie jede Organisation, boten auch sie dem Einzelnen Schutz, Hilfe, moralischen Halt, Kraft, wofür dieser die Pflicht der Treue und der Solidarität empfand und durch ein starkes Gefühl der Gemeinsamkeit festgehalten wurde. Weil im Kulturkampf die Kirche als Organ des Arbeiterkampfes gegen die liberalen Kapitalisten auftrat, deshalb haben ihr die Arbeiter so lange Treue bewahrt, daß trotz allen Arbeiterverrats des Zentrums erst jetzt die Massen abzufallen begannen.

Aber die äbende Länge der gesellschaftlichen Entwicklung hat die alten Organisationen innerlich zerfressen und aufgelöst. Die Gemeinsamkeit der Interessen ist längst dahin, der ideelle Ausdruck der Gemeinsamkeit, das religiöse Glaubensbekenntnis, ist zur leeren Formel geworden; neue Klassengegensätze haben sich innerhalb der Glaubensgemeinschaft entwickelt. In jeder Kirche befinden sich jetzt Kapitalisten, Bauern und Proletarier nebeneinander. Die Kirche kann nicht entgegengesetzte Interessen zugleich wahrnehmen; sie tritt in den Dienst der einen Klasse gegen die andere und fast ausnahmslos tritt sie für die Kapitalisten gegen die Arbeiter ein. Nicht nur, weil sie selbst Teil an der Ausbeutung hat und ihre Führer, die kirchlichen Würdenträger, sich vor der Aufhebung aller Ausbeutung fürchten, sondern vor allem, weil der Klassenkampf in Widerspruch zu der kirchlichen Gemeinschaft steht. Die Kirche versucht den Klassenkampf, der als notwendige Folge des Klassengegensatzes auftritt und ihre Organisation zerstört, zu unterdrücken, indem sie ihm ihre Religion gegenüberstellt. Die tote, formelle Religionsgemeinschaft soll dazu dienen, die lebendige, aus dem Leben aussprudelnde Klassengemeinschaft aller Unterdrückten und ihren Klassenkampf gegen die Ausbeuter zu verhindern. Natürlich ist das aussichtslos; aber ebenso natürlich ist es, daß die Kirche nicht anders kann; sie wehrt sich ihrer Haut. Und das bestimmt ihre Rolle in der Arbeiterbewegung. Der angebliche Gegensatz von Religion und Sozialismus ist nur Vorwand; tatsächlich handelt es sich um den Gegensatz zwischen Kirche und Klassenkampf. Daher kommt es, daß sie die Gewerkschaftsbewegung gleich scharf bekämpft wie die Partei; beide führen den Klassenkampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie. Die christliche Religion, die sie gegen uns verteidigt, ist nichts als die Lehre der Solidarität der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern, ist die Lehre des Duldens, der Demut, des Betteis und des Klassenverrats.

Daraus ergibt sich sofort — was die Arbeiterklasse auch instinktiv fast immer befolgt hat —, daß hier mit Disputationen über die Religion nichts zu gewinnen ist. Die Praxis der Arbeiterbewegung, die den Klassenkampf führt, Mut, Zuversicht und Stolz in den Proletariatsherzen weckt, zieht durch ihre Erfolge immer mehr christliche Arbeiter zu uns herüber. Die Praxis der Kirche, die sich immer auf die Seite der Unterdrückten stellt, öffnet ihnen, wenn auch langsam, doch endlich die Augen und zeigt ihnen, daß die Kirche für sie eine falsche, feindliche Organisation ist, die sie schädigt und ihr Vertrauen betrügt. In den neuen Klassenorganisationen finden sie, was die Kirche ihnen nicht bieten konnte, wirkliche Hilfe, Schutz und Zusammenhalt in den wichtigsten Lebensinteressen. So werden sie in dem Maße, wie sie durch die Praxis befehrt werden, zu ihren Klassengenossen kommen; von unserer Seite ist dazu nur nötig, immer klar, rücksichtslos und unbeirrt den Klassenkampf zu führen.

Der rote Reichstag.

Von Dr. Ludwig Frank.

Die Parlamentsbäume wachsen ja nicht in den Himmel, — aber doch kann man heute schon sagen: daß deutsche Volk braucht es nicht zu bereuen, daß es bei der Wahl von 1912 so viele Schwarze und Blaue verabschiedet hat. Die neue Mehrheit, zusammengesetzt aus Sozialdemokraten und Liberalen, ist klein und hält nicht in allen Fragen zusammen, — aber einiges hat sie in den paar Monaten doch schon fertiggebracht. Da ist die Geschäftszordnung, an der schon jahrelang ergebnislos herumgedoktort worden war. Dieses Mal lief die Reform wie am Schnürchen; von jetzt ab können nach Interpellationen, die an die Regierung gerichtet werden, auch Beschlüsse gefaßt werden. Bisher lief die Sache immer aus wie das Hornberger Schießen, weil eine veraltete, sinnlose Vorschrift verbot, aus den langen Reden einen kurzen Sinn durch eine Abstimmung zusammenzufassen.

Auch die sogenannte „Kleine Strafgesetznovelle“ wurde glücklich in den Haufen geführt und dadurch ein schwachvoller, seit Jahrzehnten beklagter Mißstand beseitigt. Zur Zeit der Reichsgründung, als das deutsche Strafrecht geschaffen wurde, kannten die Gesetzgeber nichts Höheres, als den Schutz des Eigentums. Deshalb setzten sie für den Diebstahl in allen Fällen Freiheitsstrafen fest. Und wenn jemand, sei es auch aus bitterster Not, das dritte Mal in zehn Jahren sich an fremdem Gut vergriß, mußte er mindestens drei Monate lang ins Gefängnis gesteckt werden. Es kam vor, daß Leute wegen 5 Pfg. oder wegen ein paar Pfund Kohlen auf so lange Zeit ihrer Freiheit beraubt wurden. Das hat der neue Reichstag jetzt geändert. Wer aus Not geringwertige Gegenstände entwendet, kann jetzt auch mit Geld von 3 bis zu 300 Mk. gestraft werden, und die Verfolgung tritt nur noch auf Antrag des Geschädigten ein. Der schwarzblaue Reichstag hatte sich in den Jahren 1910 und 1911 mit der Sache befaßt, aber ohne Erfolg; denn der konservative Abgeordnete Wagner wollte die Gelegenheit benutzen, zugleich mit der Milderung auch eine Verschärfung der Strafen einzuführen. Die Zeitungen, vor allem natürlich die sozialdemokratischen, denen der Staatsanwalt jetzt schon das Leben sauer macht, sollten noch mehr als bisher verfolgt werden. Aus jenem sauberen Plan wurde aber nichts, und dieses Mal wurde der Fortschritt gemacht, ohne daß gleichzeitig auf anderem Gebiete ein Rückschritt folgte. Auch auf sozialpolitischem Gebiet ist die Volksvertretung nicht untätig gewesen, wenn auch die Erfolge bisher noch mager sind. Eine besondere Kommission wurde eingesetzt,

um die Wohnungsfrage zu prüfen und Vorschläge zu machen, wie vor allem dem Elend der in Mietskasernen zusammengesperrten Arbeiter abgeholfen sei. Viel wichtiger aber war, daß mit großer Mehrheit der Antrag abgelehnt wurde, durch neue Gesetze die „Arbeitswilligen“ noch mehr zu schützen. Die großen Bergwerks-Besitzer und Schnapsbrenner haben diejenigen Berufskollegen, die sich den Unternehmerverbänden, den Kartellen und Ringen, nicht gleich anschließen wollten, mit rücksichtsloser Brutalität verfolgt und zum Beitritt gezwungen. Und gerade sie sind es, die jetzt am lautesten nach Zuchthaus gegen die organisierten Arbeiter rufen! Und dabei hat sich doch bei dem Bergarbeiterstreik in Westfalen und auch bei uns in Baden, zum Beispiel in Rastatt und Pforzheim, gezeigt, daß die geltenden Gesetze hart genug sind und sorgfältig zum Schutz der Streikbrecher angewendet werden. Nur die Konservativen mit ihrem „freikonservativen“ Anhängsel und einige immer noch „nationalliberal“ sich nennende Rückschrittler, darunter der vielfarbige Herr Wittum, stimmten für die Wünsche der Arbeiterfeinde.

Bedauerlich ist, daß die Ehrenschuld noch nicht eingelöst wurde, die der Staat an die Veteranen der Arbeit zahlen muß. Daß die Altersgrenze für den Bezug der Rente auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird, ist von der weit überwiegenden Mehrheit des Volkes gefordert worden. Das nötige Geld, jährlich etwa 9 Millionen Mark, wäre vorhanden gewesen, wenn nicht die Reichsüberschüsse für Militär- und Marinevorlagen in Anspruch genommen worden wären. Nur die Sozialdemokratie leistete den neuen Rüstungsausgaben Widerstand. Um die Unzufriedenen zu beruhigen, hat die Regierung bei dieser Gelegenheit einen alten sozialdemokratischen Wunsch erfüllt, — die Löhnung der Soldaten wurde aufgebessert. Die Wirkung der Wahlen zeigte sich aber am deutlichsten dadurch, daß der Reichskanzler nicht wagte, die erforderlichen Millionen, wie früher, durch neue indirekte Steuern zu decken. Die Sozialdemokratie verlangte energisch, daß die Reichen ihren Patriotismus durch Geldopfer beweisen sollten. Die Arbeitervertreter erklärten sich bereit, für eine Erbschaftsteuer zu stimmen und nahmen auf diese Weise dem Bundesrat die bequeme Ausrede, daß keine Mehrheit für eine Besitzsteuer im Reichstag vorhanden sei. Die sozialdemokratische Fraktion wird auch in der Zukunft auf dem Posten sein und die anderen Parteien vorwärts treiben auf dem Wege demokratischer und sozialer Reformen.

Dienstbarkeit.

Der Menschheit kannst du dienen sonder Schande,
Ihr müßt du dienen, willst du 'was bedeuten.
Mit Geist und Willen ganz, ob auch im Lande
Damit gedient nicht ist gewissen Leuten.

Vom Einzelschloß sollst du dich nur befreien,
Zu machen dich zu der Gesamtheit Knechte.
Was Geist an dir, müßt du den Brüdern weihen.
In deinen Pflichten sieh nur deine Rechte.

Was du in aller Dienst lebendig machtest,
Das einzig lebt an dir, lebt unvergessen;
Nur wenn du dich als aller Knecht erachtest,
Hast du nach deiner Würde dich gemessen.

Nichts bist du für dich selbst, so du nicht wirkst,
Aufopfernd, mit den Besten um die Wette.
So du zum Selbstgenusse dich umrickest,
Bist du kein Glied der großen Geisterkette.

Doch wenn du deinen Geist hast, unverschlossen,
Zum Dienst für alle freudig hingegeben,
Wird er, durch tausend Herzen stark ergossen,
Zur herrschenden Gewalt sich einst erheben.

Fr. v. Sallet.

Genossenschaft und Sozialismus.

An großen Wendepunkten des Geschehens pflegt man gern stehen zu bleiben, rückschauend den gemachten Weg zu überblicken, den Kräfte nachzuspüren, die uns zu dem nunmehr erreichten Ziel gebracht haben. Die Genossenschaftsbewegung ist heute an einem solchen Wendepunkt ihrer Entwicklung angelangt. Nachdem bereits der internationale sozialistische Kongreß in Kopenhagen die Bedeutung der Konsumvereine für die wirtschaftliche Stärkung der Arbeiterklasse und für die Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft anerkannt hat, wurde auch auf dem Magdeburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Partei die Genossenschaftsbewegung neben der Gewerkschaftsbewegung als ein ebenbürtiges Glied der modernen Arbeiterbewegung anerkannt und die deutschen Arbeiter auf die Benutzung dieser unentbehrlichen Waffe in ihrem Befreiungskampf hingewiesen. Mit diesem Einsetzen der moralischen Autorität der Sozialdemokratie für die Genossenschaftsbewegung dürfte aber dieser ein Impuls von gewaltiger Tragweite gegeben werden. Besonders in Deutschland ist ja der Einfluß unserer Partei auf die Masse ein so großer, daß eine Bewegung, die in erster Linie auf die Beteiligung der Arbeiterschaft angewiesen ist, niemals die in ihr liegende Entwicklungsmöglichkeit wird voll erschöpfen können, so lange eben die Partei ihr gegenüber eine feindliche oder auch nur gleichgültige Haltung einnimmt. So erfreulich und vielversprechend auch die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in den letzten Jahren bei uns gewesen ist, so bildet sie doch nur erst ein Vorpiel zu derjenigen, die die Folge eines rückhaltlosen Eintretens der Arbeiterpartei für diese Organisationen sein wird.

Die Sozialdemokratie ist aber mit einem solchen Eintreten eigentlich zu einer alten Liebe zurückgekehrt. Ihre Anschauungen über den Wert und die Bedeutung des Genossenschaftswesens haben damit einen Kreislauf vollendet, freilich nicht in dem Sinne, daß wir nunmehr zu den ziemlich naiven Anschauungen der ersten Sozialisten über diese Frage zurückgekehrt wären, sondern etwa in dem Sinne des von Goethe einmal gebrauchten Bildes von der Spirale, nach dem jede Rückkehr der Menschheit zu früheren Idealen und Lebenszielen zugleich eine höhere Stufe der Entwicklung bedeutet oder auch im Sinne eines dialektischen Prozesses, in dem Position und Negation sich schließlich zu einer höheren Einheit zusammenfügen.

An der Wiege des Sozialismus stand der Genossenschaftsgedanke. Die großen Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus, Robert Owen in England, St. Simon und Fourier in Frankreich, waren zugleich begeisterte Genossenschaftler. Besonders für Owen war die Genossenschaft, nachdem seine Bestrebungen, die Lage der Arbeiter auf andere Weise — durch Arbeiterschutzgesetze, durch Beeinflussung der Fabrikanten — zu verbessern, nicht den erhofften Erfolg gehabt hatten, das Mittel geworden, mit dem er sein Ideal einer von jeder Ausbeutung freien Gesellschaft herbeizuführen hoffte. Freilich waren es nicht Konsum- oder Produktivgenossenschaften in dem uns heute geläufigen Sinne, mit denen er dieses Ziel zu verwirklichen trachtete, sondern er wollte mitten in die heutige kapitalistische Gesellschaft hinein kleine fertige sozialistische Gemeinwesen, die sogenannten Communities setzen, wobei er hoffte, daß allmählich immer mehr solcher Inseln entstehen würden, die allmählich zu großen sozialistischen Festländern fließen würden. Selbstverständlich gingen die teils von Owen selbst, teils auf seine Anregung hin gegründeten kommunistischen Kolonien sämtlich nach kurzem Bestehen wieder zugrunde. Dennoch wird Owen heute noch, und mit Recht, als der Vater

des englischen Genossenschaftswesens verehrt, denn sein Geist und seine Ideen waren es, die in den Stiftern desjenigen Vereins lebten, der an der Schwelle der gegenwärtig blühenden englischen Konsumvereine steht, des im Jahre 1844 gegründeten Vereins der Redlichen Pioniere von Rochdale, und auch den heutigen britischen Genossenschaften schwebt als das letzte Ziel ihrer Bewegung die bereits von Owen angestrebte Sozialisierung der Produktion und Distribution vor.

In ähnlichem Sinne wie Owen in England, traten St. Simon und Fourier in Frankreich für die Genossenschaftsidee ein. Die Pbalansteren Fouriers waren Verwandte der Ovenschen Communities; auch sie brachten es selbstverständlich zu keinen dauernden Erfolgen. Einen großen Einfluß auf die Arbeiterschaft gewannen dagegen die Lehren eines Buchez, eines Louis Blanc und eines Proudhon. Auch diesen Männern erschien die Genossenschaft als das vornehmste Werkzeug zur Verwirklichung der alten revolutionären Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Aber nicht auf dem verhältnismäßig langsamen Wege über die Organisation des Konsums hinweg gedachten sie dieses Ziel zu erreichen, sondern durch die direkte Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der sie benützenden Arbeiterschaft in Form der selbständigen Produktivgenossenschaft. Sie unterschieden sich dabei in ihren Systemen vor allem durch den größeren oder geringeren Einfluß, den sie dem Staat bei der Errichtung und Finanzierung solcher Genossenschaften einräumen wollten. Buchez und Proudhon verwiesen die Arbeiter mehr auf den Weg der Selbsthilfe, wobei allerdings beide darauf rechneten, daß die in den Produktivgenossenschaften organisierten Arbeiter von ihren Klassengenossen sowohl finanziell, als auch vor allem durch Zuwendung ihrer Kundschaft unterstützt werden sollten. Dagegen wollte Louis Blanc dem Staate allein die Aufgabe zuweisen, Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen. Die berühmten Nationalwerkstätten, die die provisorische französische Regierung nach Ausbruch der 1848er Revolution auf Drängen des Volkes errichtete, sollte eine Verwirklichung dieser Blancschen Forderungen darstellen, waren aber so schlecht organisiert, daß sie nach kurzer Zeit wieder zusammenbrachen. Mit um so größerer Begeisterung wandten sich nun die französischen Arbeiter den von Buchez und Proudhon propagierten freien Produktivgenossenschaften zu, deren Zahl in kürzester Zeit auf mehrere Hundert in Paris und in der Provinz stieg und die von der begeisterten und opferwilligen Unterstützung der übrigen Volksgenossen getragen, bald eine rasche Blüte erlebten, die leider durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 geknickt wurde.

Auch unsere großen deutschen Sozialisten, ein Marx und ein Lassalle, standen der Genossenschaftsidee durchaus sympathisch gegenüber. Lassalle hatte die vom Staate unterstützte und unter seiner Kontrolle stehende Produktivgenossenschaft sogar in den Mittelpunkt seines Systems gestellt. Er hoffte, daß diese Genossenschaften, kraft ihrer wirtschaftlichen Ueberlegenheit, allmählich die ganze kapitalistische Produktion auffangen und in eine sozialistische verwandeln würden. Dagegen widerriet er den Arbeitern, sich auf die Gründung der damals von Schulze-Delitzsch warm empfohlenen Konsumgenossenschaften einzulassen, die dem Arbeiter nur in seiner Eigenschaft als Konsumenten helfen, während ihn doch als Produzenten der Schuß drückte. „Judem würde eine durch sie bewirkte Verbesserung in der Lage der Arbeiter doch nur von geringer Dauer und Ausdehnung sein, da sie kraft des ehernen Lohngesetzes bald durch eine ent-

sprechende Senkung der Arbeitslöhne wettgemacht werden würden.“ Der Einfluß Lassalles spricht noch aus dem in Gotha 1875 angenommenen Einigungsprogramm der Sozialdemokratie, in dem die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe in einem solchen Umfange gefordert wird, daß daraus die sozialistische Organisation der Gesamtheit entsteht.

Etwas nüchterner beurteilte Marx die praktische Tragweite der Genossenschaft, wenn er auch ihrer theoretischen Bedeutung volle Gerechtigkeit widerfahren ließ. So bezeichnet er in seinem „Kapital“, Band III, die Genossenschaften gleich den Aktiengesellschaften als Uebergangsform aus der kapitalistischen in die assoziierte Produktionsweise, nur daß in diesen der Gegensatz negativ, in jenen aber positiv aufgehoben sei. In seiner Inauguraladresse an diese Internationale (1865) nennt er die Produktivgenossenschaften einen „noch größeren Sieg der politischen Oekonomie der Arbeiter über die politische Oekonomie des Besitzes als die Erfolge der Zehnstundenbill.“ Durch die Tat statt der Gründe haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstabe und in Uebereinstimmung mit den Geboten der modernen Wissenschaft stattfinden kann, ohne die Existenz einer Klasse von Arbeitgebern. . . Die Internationale machte sich im wesentlichen die Anschauungen Marxs zu eigen. In der auf dem Genfer Kongreß (1866) angenommenen Resolution werden die Genossenschaften als „eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengefäßen beruht,“ bezeichnet. Beschränkt auf die zwerghaften Formen der Entwicklung, welche ihr einzelne Lohnarbeiter durch ihre privaten Kräfte geben können, werden sie jedoch nie instande sein, aus sich allein heraus die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten, wozu es vielmehr vorher der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiter bedürfte. Des weiteren empfiehlt dann auch diese Resolution den Arbeitern, sich eher auf die Gründung von Produktiv- als von Konsumgenossenschaften einzulassen, da letztere nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems berühren, erstere es dagegen in seinen Grundfesten angreifen.

Diese allgemeine Ueberschätzung der selbständigen Produktivgenossenschaften und Unterschätzung der Konsumgenossenschaften durch den kontinentalen Sozialismus ist es, die der Genossenschaftsbewegung der Arbeiter auf lange hinaus zum Verhängnis geworden ist, und die es zum großen Teil erklärt, warum die deutsche und französische Konsumvereinsbewegung heute noch nicht dieselbe hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, wie die englische. Infolge dieses Irrtums wandte sich die ganze genossenschaftliche Energie der kontinentalen Arbeiter auf jahrzehntelang den Produktivgenossenschaften zu. Als dann aber die immer wiederkehrenden Mißerfolge dieser Genossenschaftsart schließlich eine Wandlung in den Anschauungen der Sozialisten über den Wert der Genossenschaften zur Folge hatten, da war das Dogma von der Inferiorität der Konsumgenossenschaften so in Fleisch und Blut übergegangen, daß man gar nicht daran dachte, die letzteren von dem über die Genossenschaften schlechthin gefällten Verdammungsurteil auszunehmen. Wie die französische Arbeiterpartei auf dem Kongreß von Marseille (1879), so sagte sich die deutsche Partei auf dem Berliner Parteitag (1892) durch Annahme der Resolution Au er offiziell von der Auffassung los, „daß Genossenschaften in stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.“ Die Negation der Position war erreicht: vom Ehrenplatz des wichtigsten Mittels zur Lösung der sozialen Frage war die Genossenschaft auf den Achenbrüdelplatz eines nebenfächlichen Palliativmittels verwiesen.

Aber dieser völlig negierende Standpunkt konnte nicht lange festgehalten werden. Dazu redeten die Erfolge der britischen und belgischen Konsumvereinsbewegung eine zu deutliche Sprache, deren Kenntnis den deutschen Genossen durch das bekannte Buch von Beatrice Webb über die britische Genossenschaftsbewegung und durch die Broschüre von Adele Gerhard „Konsumvereine und Sozialdemokratie“ vermittelt wurde, die die belgischen Verhältnisse behandelt. Wir erfuhren, welch gewaltiger Machtfaktor die Konsumgenossenschaftsbewegung in jenen Ländern geworden war, welchen Rückhalt sie den gewerkschaftlich und politisch um ihre Befreiung kämpfenden Arbeitern bot. Wir hörten, daß die Konsumgenossenschaft, die angeblich nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems berühren sollte, nach einem Ausspruche Lord Roseberys in England bereits zu einem Staat im Staate geworden war, in dem die von uns angestrebte Vergegesellschaftung der Produktionsmittel schon in weitgehendem Maße Tatsache geworden war. Dazu kam, daß auch die deutschen und insbesondere die sächsischen Arbeiter, ermutigt durch praktische Erfolge, sich immer zahlreicher den Konsumvereinen zuwandten.

So mehrten sich denn die Stimmen, die eine Revision des Berliner Beschlusses und eine erneute theoretisch-praktische Prüfung der Genossenschaftsfrage verlangten. Eine Abschlagszahlung für die Genossenschaftsfreunde bildete die auf dem Hannoverischen Parteitag (1899) angenommene Resolution Bebel, in der die Genossenschaften als geeignet bezeichnet wurden, „in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen,“ in der ihnen aber noch „keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei“ beigemessen wurde.

Inzwischen ist es in Deutschland ein gutes Stück vorwärts gegangen. Die deutschen Arbeiterkonsumvereine, die zu jener Zeit noch dem Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angegliedert waren, haben sich seitdem eine eigene Organisation in dem Zentralverband deutscher Konsumvereine geschaffen. Diesem Zentralverband waren zu Beginn des Jahres 1911 1374 Konsumvereine mit 1442 200 zum weitaus größten Teil dem Arbeiterstande angehörigen Mitgliedern, einem Jahresumsatz von 377,11 Millionen Mark und einem Reiniüberschuß von über 20 Millionen Mark angeschlossen, das ist also der größte und leistungsfähigste Teil der deutschen Konsumvereinsbewegung. Der Wert der von den Konsumvereinen des Zentralverbandes in eigenen Bäckereien, Schlachtereien, Mühlen, Selterswasserfabriken, Femdennereien usw. hergestellten Waren belief sich im Jahre 1909 bereits auf nahezu 45 Millionen Mark. Die dem gemeinsamen Einkauf der Vereine dienende Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 75 Millionen Mark. Mit Uebernahme der Hamburger Tabakarbeiter-Genossenschaft und mit Eröffnung einer Seifenfabrik in Gröba bei Riesa hat die S. G. G. im laufenden Jahre die zentralisierte Eigenproduktion der Konsumvereine in die Wege geleitet. Die schon seit 6 Jahren bestehende Verlagsanstalt des Zentralverbandes stellt in eigener Druckerei die beiden Verbandsorgane und die konsumgenossenschaftliche Propagandaliteratur her, wozu ihr das Papier von einer eigenen Fabrik geliefert wird.

Angeblickt dieser imponierenden Ziffern und Tatsachen, die freilich gegenüber dem in England Erreichten immer noch weit zurückbleiben, hat unsere Partei in Magdeburg ein neues Werturteil über die Konsumgenossenschaften abgegeben, das der wirklichen Bedeutung dieser Organisationen für den Befreiungskampf der Arbeiter in vollem Maße gerecht wird. Sie hat damit nur dem Beispiel ihrer Bruderparteien in Oesterreich, der Schweiz, Italien, Skandinavien, Frankreich zc.

gefolgt, die alle in den letzten Jahren erneut zur Genossenschaftsfrage Stellung genommen haben, dies durchweg in dem Sinne getan haben, in dem auch der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen sein Urteil abgegeben hat.

Damit wäre also der Ring wieder geschlossen. Wir wissen heute, daß die Konsumgenossenschaftliche Organisation der Volksmassen eine unentbehrliche Waffe im Kampfe gegen Lebensmittelwucher und Nahrungsmittelfälschung ist, daß sie dem politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter einen mächtigen Rückhalt zu bieten imstande ist und daß durch sie die gesellschaftliche Organisation des Handels und darauf aufbauend der Produktion mit in die Wege geleitet wird. Aber wir

wissen auch, daß es eine Illusion ist, von der Genossenschaft allein die völlige Befreiung des Proletariats zu erwarten, daß die Genossenschaft den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter nicht überflüssig machen kann, sondern ihn ergänzen und stärken soll. Nach ihrer ursprünglichen Ueber- und späteren Unterschätzung hat der gewesene Magdeburger Parteitag der Genossenschaft endlich den richtigen Platz zugewiesen als der zweiten wichtigen wirtschaftlichen Organisationsform des Proletariats, die in geistiger Gemeinschaft mit Gewerkschaften und Partei, aber unter Wahrung ihrer vollen organisatorischen Selbständigkeit, das große Ziel der Befreiung der unter dem Joch des Kapitalismus leidenden Menschheit erreichen wird.

Die Reichsversicherungsordnung.

Von Arbeitersekretär Richard Vöttger-Mannheim.

Der im Dezember 1911 aufgelöste Reichstag hat während seines unrühmlichen Daseins unter anderem auch die Reichsversicherungsordnung verabschiedet. Als zwei Jahre vorher der Vorentwurf zu diesem gesetzgeberischen Werke in die Öffentlichkeit gelangte, wurde diese Regierungsarbeit unter der Fülle der Protestresolutionen fast erdrückt. Namentlich die Arbeiterschaft hegte, nachdem sie ihre wohlbegründete Stellungnahme präzisiert, die, wenn auch schwache Hoffnung, auf eine unseren sozialen Zeitverhältnissen einigermaßen angepaßte Regierungsvorlage. Was die Reichsregierung ein Jahr später dem Reichstag als Gesetzesentwurf zugehen ließ, war aber alles andere, als ein Werk, das sich von Rücksichten der Arbeiterwohlfahrt leiten ließ. Einzelne mit sozialem Geiste befruchteten Ansätze im Vorentwurf, wurden auf Drängen reaktionärer Gewalten im Unternehmerlager wieder beseitigt, so daß von einer nennenswerten Verbesserung versicherungsgesetzlicher Rechte der Arbeiterschaft kaum die Rede sein konnte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stand angesichts dieser Tatsache vor einer Riesenaufgabe. Ihr war es in die Hand gegeben, in Kommissionen und im Plenum des Reichstages durch die Wucht ihrer auf praktischen Erfahrungen aufgebauten Reden, der Vorlage die reaktionären Giftdämpfe auszureißen und den von Scharfmachern und Regierung beiseitgeschobenen Arbeiterforderungen eine gesetzliche Sanktion zu verleihen. Diese sich in Hunderten von Abänderungs- und Initiativanträgen spiegelnde Opposition war leider infolge der Zusammensetzung des damaligen Reichstages so gut wie ohne Erfolg. Dem kleinen Häuflein wahrer Volksvertreter stand die gesamte bürgerliche Reaktion gegenüber. In einer, in der Geschichte des Parlamentarismus einzig dastehenden standalösen Art und Weise wurden die Anträge der Sozialdemokraten niedergetrampelt. Daß das Zentrum sich an diesem schwachvollen Verrat wohlberechtigter Arbeiterinteressen ganz hervorragend beteiligt hat, soll an dieser Stelle nur als politisch-historisches Moment festgehalten werden, und zwar deshalb, weil diese Partei sich bei allen ihr passenden Gelegenheiten als Vertreterin der unteren Bevölkerungsklassen anpreist. In der reichspolitischen Konstellation des Jahres 1911 liegt somit die Hauptursache, wenn auch heute noch die Arbeiterversicherung als ein Flicht- und Stückwerk bezeichnet wird.

Es ist hier nicht der Ort, um all die notwendig realisierbaren Reformen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung aufzuzählen. Der Zweck dieser Betrachtung kann, außer der Kritik an dem Zustandekommen des neuen Gesetzeswerkes, nur der sein, die Beteiligten mit den wichtigsten Neuerungen einigermaßen bekannt zu machen.

Wenn wir uns mit der Neugestaltung der Arbeiterversicherung beschäftigen, so fällt vor allem auf, daß die drei früher getrennt geführten Kapitel namentlich zu einem einheitlichen Werke mit der Bezeichnung „Reichsversicherungsordnung“ zusammengeschmolzen sind. Alle Bestimmungen, die früher im Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz spezialisiert untergebracht waren, haben jetzt in chronologischer Reihenfolge ihren Platz in der Reichsversicherungsordnung.

Auffallend ist auch die Neuregelung der Versicherungsbehörden und die Schaffung eines einigermaßen einheitlichen Instanzenzuges. Es soll hier lobend anerkannt werden, daß diese Reform noch trotz der ihr anhaftenden Mängel, gegenüber dem früheren Zustande einen Fortschritt darstellt. Unter dem alten Recht war es dem Laien fast unmöglich, sich in dem Wirrwarr der verschiedensterlei bürokratischen Anordnungen zurecht zu finden.

Die unterste Behörde ist jetzt das Versicherungsamt. Die sozialdemokratische Fraktion wollte hier die Schaffung einer unabhängigen Instanz. Damit der Versicherungsamtmann nicht in die Lage versetzt wird, infolge seiner Tätigkeit sich ein selbständiges soziales Handeln anzueignen, ist er samt seiner von ihm vertretenen Institution der Staatsbehörde, im günstigsten Falle der Gemeindeverwaltung, angegliedert und somit auch deren bürokratischen Einflüssen ausgesetzt. Das Versicherungsamt ist Spruch- und Beschlußbehörde in Unfall-, Kranken- und Invalidenfällen. Die Berufsgenossenschaften sind jedoch, im Gegensatz zu einem sozialdemokratischen Antrage, an die Beschlüsse des Versicherungsamtes nicht gebunden. Die Unfallverletzten sind durch diesen Zustand nach wie vor der Willkür der Berufsgenossenschaften ausgesetzt.

Das Wahlverfahren bleibt mit Ausnahme weniger Abänderungen genau so kompliziert und reaktionär wie im alten Gesetz. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung eines Wahlrechts, wie es ähnlich bei den Kaufmanns- und Gewerbeberechtigten mit Erfolg Anwendung findet, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Als zweite Instanz gelten die Oberversicherungsämter, die an Stelle der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung treten. Deren Entscheidungen sind in den meisten Fällen endgültig; ein Nachteil für die Versicherten im Unfallstreitverfahren insofern, weil hierdurch der Weg zum Reichsversicherungsamt, als Rekursgericht, verschlossen wird. Das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter bleiben bestehen; die letzteren Behörden jedoch

nur dann, wenn für deren Wirkungsbereich vier Oberversicherungsämter in Frage kommen.

Was die materielle Seite der Reichsversicherungsordnung anlangt, so ist vor allem die Erweiterung der reichsgesetzlichen Krankenfürsorge auf die Landarbeiter, Diensthoten und andere Arbeiterschichten, die seither vom Krankenversicherungsgesetz nicht erfasst wurden, als erfreuliches Moment zu begrüßen. Diesem Fortschritt kann jedoch sofort als Gegenstück die Schmälerung des Selbstverwaltungsrechtes in den Ortskrankenkassen als eminenten Nachteil zur Seite gestellt werden. Die Ortskrankenkassen waren die Pioniere der Sozialgesetzgebung. Ihre segensreiche Tätigkeit hat bürgerliche Sozialpolitiker zu Ausprüchen hoher Verwunderung und Anerkennung genötigt. Trotzdem ließ sich die bürgerliche Mehrheit des Reichstages herbei, die wohlbegründeten Rechte der Arbeiterschaft zu beschneiden, nur, weil den Scharfmachern im Unternehmerlager und anderen dunklen Gewalten die fortschrittliche Entwicklung dieser Organisation ein Dorn im Auge ist.

Die Versicherten müssen nach wie vor zwei Drittel der Beiträge zahlen, trotzdem erhalten sie nur die Hälfte der zu besetzenden Mandate im Vorstand und in der Generalversammlung. Außer diesem offensichtlichen Nachteil sind den Ortskrankenkassen weitere gesetzliche Fesseln und behördliche Bevormundungen auferlegt. Der ferneren Gestaltung dieser Versicherungsorgane eröffnet sich demnach keine rosige Zukunft.

Die Bestimmungen über den „Ortslohn“, der an an Stelle des seitherigen ortsüblichen Tagelohnes tritt, können gleichfalls nicht befriedigen. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf Schaffung eines Minimalortslohnes, im Hinblick auf die in dieser Beziehung geradezu erbärmlichen Zustände in einzelnen Landgebieten, wurden niedergestimmt. Nur in der Staffellung der Ortslöhne ist eine geringe Verbesserung eingetreten.

Die Leistungen der Krankenkassen bleiben durch die Reichsversicherungsordnung so gut wie unberührt. Zum Teil sind sogar für die Versicherten Verschlechterungen eingetreten. Nach dem alten Recht blieben in Fällen der Arbeitslosigkeit die Ansprüche an die Kasse erhalten, sofern eine Mitgliedschaft von drei Wochen nachgewiesen werden konnte und der Unterstützungsfall innerhalb drei Wochen nach Ausscheiden aus der Kasse eintrat. Jetzt muß eine Mitgliedschaft von 26 Wochen innerhalb des vorhergegangenen Jahres, oder unmittelbar vor dem Ausscheiden aus der Kasse eine solche von sechs Wochen nachgewiesen werden. Zur Einführung einer Schwangeren- und Kinderfürsorge und zur Erweiterung der Wöchnerinnenunterstützung, eines der wichtigsten Kapitel des neuen Gesetzes, hat sich der Reichstag nicht aufschwingen können. In der ersten Lesung war Dank des energischen Zuziehens der sozialdemokratischen Vertreter und den Eingaben der bürgerlichen Frauenvereine eine einigermaßen annehmbare Veränderung angenommen worden. Bei der endgültigen Verabschiedung marschierte die Regierung auf und ließ durch ihren Vertreter, den Staatssekretär v. Delbrück erklären, daß die Regierung das ganze Gesetz scheitern lasse, wenn nicht die in erster Lesung beschlossene Verbesserung gestrichen werde. Dieser Diplomatenstreich reichte aus, um die bürgerlichen Parteien, soweit sie für die Ausdehnung der Wöchnerinnen- und Schwangerenhilfe votiert hatten, umfallen zu lassen. So wird voraussichtlich der für Deutschland beschämende Zustand weiter bestehen, daß dieser Kulturstaat in bezug der Kindersterblichkeit höchstens von Rußland überboten wird.

Das dritte Buch der Reichsversicherungsordnung behandelt die Unfallversicherung. Auch hier ist im großen und ganzen der alte lückenhafte und verbesserungsbedürftige Zustand geblieben. Die Versicherungspflicht ist auf wenige Arbeiterschichten aus-

gedehnt; bei weitem aber nicht auf alle Berufe, obwohl die meisten von diesen gleich großen Erwerbsgefahren ausgesetzt sind. Die Unfallversicherung zersplittert sich nach wie vor in die Versicherung für gewerbliche, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und für die des Seemannsberufes.

Die Träger der Unfallversicherung bleiben die Berufsgenossenschaften, die sich, wie im alten Gesetz, in eine erhebliche Anzahl nach Gewerben abgegliederten Organisationen zersplittern. Die alte Arbeiterforderung, in den Verwaltungskörpern der Berufsgenossenschaften auch den Versicherten Sitz und Stimme einzuräumen, ist bei der vorjährigen Reform der Arbeiterversicherung wiederum unberücksichtigt geblieben. Während die Unternehmer struppellos genug waren, den Versicherten das Selbstverwaltungsrecht in den Ortskrankenkassen zu beschneiden, wehrte sich hier die gleiche Scharfmachergruppe mit Händen und Füßen gegen eine Schmälerung des Herrenrechts in den Berufsgenossenschaften. Das ist Unternehmerlokalität in Reinkultur.

Die Leistungen der Berufsgenossenschaften sind mit wenigen Ausnahmen die gleichen geblieben. Bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes dienen zukünftig 1800 Mk. als Minimalgrenze, sofern der Lohn an sich nicht geringer ist. Der diesen Betrag übersteigende Arbeitslohn wird nur zu einem Drittel angerechnet. Gewerbefrankheiten, Unfälle auf dem Wege von und nach der Arbeitsstätte und Leistenbrüche gelten auch nach dem neuen Recht nicht als Betriebsunfälle. Nur in ganz besonders gelagerten Fällen tritt eine Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft ein. Als Volkrente gilt nicht die volle Vergütung des nachweisbaren Verdienstes, sondern nur zwei Drittel desselben. Auch die Teilrenten werden durch die Reichsversicherungsordnung nicht fetter. Nach alledem also keine nennenswerte Umwälzung.

Im letzten Buch findet die Invalidenversicherung ihre gesetzliche Regelung, und den Schlußstein des neuen Versicherungswerkes bildet die Witwen- und Waisenversicherung. Ueber die Reichsversicherungsordnung wenig zu sagen. Auch hier sind alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien ausnahmslos niedergestimmt worden. Vor allem wurde die Herabsetzung des Grades der Invalidität von 66% auf 50% verlangt; ferner, daß schon bei einem Alter von 65 Jahren Altersrente zu zahlen ist. Der letzte Antrag hatte eine um so größere Berechtigung, als der gleiche Reichstag erst wenige Wochen vorher beim Privatbeamten-gesetz die Altersgrenze auf 65 Jahre festgesetzt hatte. Was für die Beamten gesetzlich möglich war, durfte für die Arbeiter nicht gelten; diese müssen erst 70 Jahre alt werden, ehe sie in den Genuß ihrer schmalen Rente kommen. Offensichtlicher ist wohl noch nicht mit zweierlei Maß gemessen worden, als bei dieser gesetzgeberischen Tat.

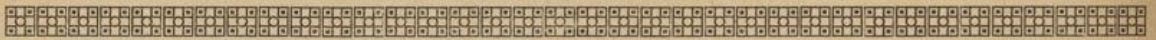
Die neuen versicherungsgesetzlichen Bestimmungen bringen der Arbeiterschaft auch nicht den wohlbegründeten Rechtsanspruch auf Einleitung von Heilverfahren. Nach wie vor bleibt es in das Ermessen der Landesversicherungsanstalt gestellt, ob hier helfend eingegriffen werden soll oder nicht. Die Bestimmungen über die Verwendung der Gelder zu Heilzwecken sind mit Hilfe der Mehrheitsparteien, namentlich aber unter tatkräftiger Mithilfe des Zentrums, sogar eine Verschärfung erfahren, indem die Landesversicherungsanstalten zukünftig an eine bestimmte Summe gebunden sind. Ein reaktionärer Streich der bürgerlichen Volksvertreter, wie er in seiner Wirkung nicht schlimmer gedacht werden kann angesichts der Tatsache, daß die Bekämpfung der Lungentuberkulose und anderer ähnlicher Volkskrankheiten eine Kardinalforderung unseres sozialen Zeitalters ist.

Um über die Reichsversicherungsordnung auch etwas Erfreuliches zu berichten, kann bei der Besprechung der Witwen- und Waisenversicherung gesagt werden, daß es sich hier wirklich um einen nicht unbedeutenden sozialen Fortschritt handelt. Deutschland ist in dieser Frage tatsächlich in der Welt voran. Unserer Reichsregierung gebührt der Ruhm, das Problem einer sozialen Fürsorge für Witwen und Waisen aus dem Stadium theoretischer Erwägungen in die praktische Betätigung umgesetzt zu haben.

Mit der prinzipiellen Bedeutung dieses Teils der Reichsversicherung ist es jedoch nicht getan. Die leibliche Not der Arbeiterwitwen und Waisen wird durch Anwendung von Palliativmitteln nicht beseitigt. Es wäre deshalb auch bei Verabschiedung dieses wichtigen Kapitels am Platze gewesen, den sozialdemokratischen Anträgen etwas mehr Beachtung zu schenken. Die Leistungen der Witwen- und Waisenversicherung sind derart beschei-

den, daß von einer greifbaren Hilfe der in Frage kommenden Personen nicht gesprochen werden kann. Dazu kommt als weiteres ungünstiges Moment, daß nicht schlecht hin jede Witwe eines verstorbenen Versicherten Anspruch auf Rente hat, sondern nur diejenigen, die inbalid im Sinne des Gesetzes sind oder, um einen drastischeren Ausdruck zu gebrauchen, mit einem Bein bereits im Grabe stehen.

Der deutschen Arbeiterschaft und vor allem deren Vertretern im Reichstage erwächst nach all den wenigen aufgerollten Beispielen über die Unzulänglichkeit der Reichsversicherungsordnung die heilige Pflicht, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis die offensichtlichen Mängel dieses Teils unserer sozialen Gesetzgebung beseitigt sind. Der Grundsatz: „Wer in gesunden Tagen seine Pflicht getan, soll auch in schlimmer Zeit versorgt sein“, muß auch bei zukünftigen Kämpfen um die sozialen Rechte der Arbeiterschaft als Leitmotiv ausklingen.



Politischer Rückblick.

Von Gustav Lehmann, Mannheim.

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns, denn der Ausfall der am 12. Januar vollzogenen Reichstagswahl wird für alle Zeiten einen sichtbaren Meilenstein in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkes bilden. Die junkerlich-pfäffische Reaktion hatte namentlich wegen ihrer kohlrabenschwarzen Steuersünden und wegen ihres engherzigen Widerstands, den sie selbst der bescheidensten Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen überall entgegengestellt hatte, sicherlich mit einem Stimmenrückgang und mit einem Mandatsverlust zum Vorteil der Sozialdemokraten gerechnet. Daß aber die sozialdemokratischen Stimmen um über 900 000 und die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten von 53 auf 110 steigen würden, haben selbst die größten Pessimisten in jenen Kreisen nicht für möglich gehalten. Man hatte, wie der Wahlausfall zeigt, den Zorn des Volkes und seine politische Reife unterschätzt.

Den alten, aus den Bülowschen Blockwahlen hervorgegangenen Reichstag hatte die Regierung bis in den Dezember hinein zusammengehalten, damit er noch möglichst viele Gesetze erledige, denn man sagte sich mit Recht, daß der neue Reichstag seiner Zusammensetzung nach sich reaktionären Bestrebungen weniger willfährig zeigen werde, als dies der alte getan. Und so ist es auch gekommen: die Wahlen haben der Rechten nebst dem Zentrum eine Schwächung gebracht, so daß sie nicht mehr wie früher eine kompakte Mehrheit bilden. Leider muß aber auch konstatiert werden, daß die Nationalliberalen die in sie von den Wählern der Linken gesetzten bescheidenen Hoffnungen bisher in keiner Weise erfüllt haben, denn sie versagten gleich bei der Präsidentenwahl. Die Nationalliberalen hatten es nämlich abgelehnt, der sozialdemokratischen Fraktion, obgleich sie die weitaus stärkste im Reichstag ist, einen Sitz im Präsidium zuzugestehen. Die Folge war, daß die Linke ihre Stimmen zersplitterte, und daß Herr Peter Spahn vom Zentrum zum Präsidenten gewählt wurde. Als die Nationalliberalen nun sahen, was sie angerichtet hatten, stimmten sie bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten für den sozialdemokratischen Abg. Scheidemann, um es zum Konflikt zu treiben. Das ist ihnen denn auch gelungen, denn Herr Spahn trat auf Beschluß des Zentrums von seinem Präsidentenposten zurück, weil er als guter königstreuer Mann nicht neben dem Republikaner

Scheidemann sitzen wollte. Es trat dann der Freisinnige Kaempf an seine Stelle. Bei der vier Wochen später erfolgten endgültigen Wahl wählten die Nationalliberalen Scheidemann wieder hinaus und der Nationalliberale Paasche trat an seine Stelle. Die stärkste Fraktion des Reichstags ist also im Präsidium nicht vertreten. Die Sozialdemokraten sind aber nicht nur im Reichstag, sondern erst recht draußen im Lande mit ihren 4 250 329 Stimmen — das sind 35 Prozent aller abgegebenen Stimmen überhaupt — die weitaus stärkste Partei; das ihr im Reichstag zugefügte himmelschreiende Unrecht wird daher von den über 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Wählern als ein Faustschlag empfunden. Die Sozialdemokraten haben, wie der Wahlausfall zeigt, in allen — auch in den wenig industriell entwickelten — Gegenden des Ostens und des Südens bedeutend an Boden gewonnen. Sie sind aber auch eine wahre Volkspartei. Ihre 110 Abgeordneten sind aus den verschiedenen Berufen, zumeist aus dem Arbeiterstand, hervorgegangen. Auf die einzelnen Landesstellen entfallen nach den letzten Wahlen sozialdemokratische Abgeordnete: Stadtkreis Berlin 5, Provinz Brandenburg 7, Ostpreußen 1, Pommern 2, Schlesien 7, Provinz Sachsen 10, Schleswig-Holstein 2, Hannover 4, Westfalen 3, Hessen-Nassau 5, Rheinprovinz 5, Bayern 9, Sachsen 19, Württemberg 3, Baden 1, Hessen 4, Anhalt 2, Sachsen-Weimar 2, Braunschweig 2, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie je 1, Hanfsstädte 5 und Elßaß-Lothringen 5, zusammen 110. Daß die Sozialdemokraten in Baden jetzt nur einen Abgeordneten statt wie früher drei Abgeordnete haben, ist eine Folge des Zusammengehens der bürgerlichen Parteien bei der Stichwahl. Das Zentrum wollte durch seine Unterstützung des Nationalliberalen in Pforzheim und des Fortschrittlers in Karlsruhe seine angeblich treue monarchische Gesinnung in empfehlende Erinnerung bringen, da es als Lohn für seine schlaue Politik bei der Besetzung von Beamtenstellen für seine Anhänger entsprechende Vorteile erhoffte.

Der Reichstag hat gleich in seiner ersten Session hohe Ausgaben für den Militarismus bewilligt. Die Regierung hatte erst im Jahre 1911 sich eine Heeresverfärkung genehmigen lassen, angeblich, weil die deutsche Heeres-

organisation Lücken aufweise. Ein Jahr später haben die militärischen Fachleute dann entdeckt, daß wir trotzdem immer noch nicht genügend gerüstet seien und daß wir im Frieden 29 000 Mann mehr Soldaten haben müssen. Die hierfür aufzubringenden Kosten werden jährlich etwa 127 Millionen Mark betragen. Aber nicht nur das Landheer soll verstärkt, sondern es soll auch ein neues Flottengeschwader geschaffen werden. Die Ausgaben hierfür werden sich jährlich auf 38 bis 43 Millionen belaufen. Diese Vorlagen hat der Reichstag glatt angenommen, nur die Sozialdemokraten und die Polen stimmten dagegen. Selbst der Freisinn, der früher unter Eugen Richters Führung Militärforderungen abgelehnt hat, ist jetzt auch völlig militärfreundlich geworden. Verglebens haben die sozialdemokratischen Redner im Reichstag dargelegt, daß ein europäischer Krieg heute schon aus volkswirtschaftlichen Gründen unmöglich ist und daß es zu erreichen sein müsse, mit anderen Staaten Vereinbarungen über Ermäßigung der Ausgaben für Heer und Marine zu treffen. Mit Hurta wurde die Vorlage nach kurzen Zustimmungserklärungen von den bürgerlichen Parteien angenommen. Einflußreiche Kreise wollen die Rüstungsvermehrungen schon um deswillen, weil sie davon einen wirtschaftlichen Vorteil haben. Die Armeelieferanten, namentlich aber die Panzerplattenfabrikanten, traten alle mit großer Begeisterung für neue Militärausgaben ein; das gleiche ist der Fall bei denjenigen Kreisen, aus welchen sich das Offizierskorps rekrutiert. Wie wichtig die Heeresvermehrung für dieselben auch in dieser Hinsicht ist, lehrt die nackte Tatsache, daß für das Jahr 1912 folgende Stellen neu geschaffen worden sind: 25 Generale, 11 Regimentsskommandeure, 262 Stabsoffiziere, 422 Hauptleute, 552 Leutnants, 75 Sanitätsoffiziere, 35 Veterinäre und 41 Zahlmeister. Eine entsprechende Vermehrung der Offiziersstellen ist auch bei der Marine zu verzeichnen. Es ist daher kein Wunder, wenn die Väter der auf eine Offiziersstelle spekulierenden zahlreichen jungen Leute und diese selber warme Anhänger der Heeresvermehrung sind. Der persönliche Vorteil, den sie davon haben, erklärt ihre patriotische Begeisterung für den Militarismus zur Genüge. Als der Reichstag die neuen Lasten für das Landheer, die Marine und die Luftflotte beschlossen hatte, ist er in die Ferien gegangen, ohne für genügende Deckung gesorgt zu haben. Er hat die Branntweinsteuer erhöht, indem er den niedrigen Steuerfuß beseitigte, was aber, da den Großbrennereien andere Vorteile für den Verlust des sogenannten Kontingents gewährt worden sind, nicht viel einbringen wird. Um aber nach außen den guten Willen zu zeigen, haben die Nationalliberalen und das Zentrum sich zusammengefunden und haben durch einen Antrag die Regierung aufgefordert, dem Ende November wieder zusammentretenden Reichstag eine neue Steuervorlage zu unterbreiten, durch welche die Besitzenden herangezogen werden sollen. Wie diese Vorlage aussehen wird, muß abgewartet werden. Daß sie die Besitzenden nicht schwer, möglicherweise überhaupt nicht trifft, ist sicher, denn wenn diese getroffen werden sollten, würde die Regierung die 1909 abgelehnte Erbschaftsteuer wieder eingebracht haben.

Wie in der inneren Politik, so hat die Bethmann Hollwegsche Regierung auch den Karren der auswärtigen Politik gründlich verfahren. Die deutsche Reichsregierung hat sich durch ihre wiederholte unmotivierte Säbelraserei keine Freunde erworben. England, nach welchem wir weitläufig die meisten Waren ausführen, bringt uns wegen unserer fortgesetzten militärischen Rüstungen das schärfste Mißtrauen entgegen und vermehrt daher die Zahl seiner Kriegsschiffe ganz erheblich. Dasselbe ist mehr oder weniger auch bei den anderen europäischen Staaten der Fall. Durch die oft schwan-

kende Haltung unserer Regierung selbst in einfach liegenden Fragen der auswärtigen Politik ist sie selbst mehrfach zwischen zwei Stühlen zu sitzen gekommen. So bei dem unerhörten Völlerrechtsbruch, den unser Verbündeter Italien gegen die Türken beging — indem er diese ohne jede Veranlassung mit Krieg überzog —, weil wir das Unrecht nicht als Unrecht bezeichnet haben, sondern es weder mit Italien, noch mit der Türkei verderben wollten. Mit der Besitzergreifung Marokkos durch die Franzosen und der Vergewaltigung der Eingeborenen hat Deutschland in dem Moment sich einverstanden erklärt, als ihm Frankreich das Sumpfland Kongo als Gegenleistung angeboten hatte. Die fortgesetzt in der auswärtigen Politik gemachten groben Fehler sind zu einem sehr großen Teil auf das bei uns herrschende persönliche Regiment zurückzuführen. Der deutsche Kaiser hat wiederholt unter Umgehung des Reichskanzlers in höchst wichtige Angelegenheiten des Auswärtigen Amtes eingegriffen und hat die Erledigung schwebender Fragen erschwert. Der Reichstag hat sich leider nicht dazu aufschwingen können, hier durch eine Verfassungsänderung Wandel zu schaffen. Es ist bei einem schwächtlichen Versuch geblieben. Es wird auch hier nicht eher besser werden, als bis die Sozialdemokraten die völlige Demokratisierung der Reichsversammlung durchgesetzt haben.

Einige wichtige Vorgänge, die sich in den letzten Monaten in einzelnen deutschen Bundesstaaten abgespielt haben, dürfen hier nicht unerwähnt bleiben. In Bayern wurde der Landtag aufgelöst, weil das Zentrum die Entfernung eines Ministers verlangte, durch welchen es sich beleidigt fühlte. Die Wahlen brachten aber bei der mangelhaften politischen Durchbildung der ländlichen Wähler keine Zertrümmerung der Zentrumsherrschaft, wenn es dem gemeinsamen Vorgehen der übrigen Parteien auch gelang, die Zentrumshochflut zurückzudämmen. Aber allein der gemeinsame Versuch, die Machtansprüche des Zentrums energisch zu bekämpfen, hat bei den Führern der schwarzen Partei eine solche Erbitterung ausgelöst, daß sie auch den letzten Rest von kluger Zurückhaltung aufgaben und rücksichtslos die brutale Zentrumsherrschaft proklamierten. Das Ministerium Frauenfelder wurde gestürzt, ein reines kirchliches Ministerium gebildet und zu dessen Präsident wurde der Vorsitzende des Zentrums im Reichstag, Freiherr von Hertling, ernannt. Bald nachdem das Zentrumsmministerium die Geschäfte übernommen hatte, hat es einen Geheimverlaß herausgegeben, wonach entgegen dem Reichsgesetz gegen die Jesuiten diesen die Ausübung priesterlicher Funktionen gestattet wurde. Die Sozialdemokratie ist immer für die Aufhebung des Jesuitengesetzes eingetreten, weil es ein Ausnahmegesetz ist, aber so lange es von Reichs wegen besteht, darf ein einzelner Bundesstaat sich nicht das Recht herausnehmen, dasselbe — und noch dazu auf dem Wege eines Geheimverlaßes — außer Kraft zu setzen.

In Preußen, wo immer noch das ungerechteste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlrecht, besteht, hat die Sozialdemokratie einen neuen energischen Vorstoß zur Erringung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts unternommen. Die jetzige junkerliche Mehrheit bietet alles auf, um ihr Privilegium aufrecht zu erhalten. Daß der König von Preußen eine Aenderung des Wahlrechts zugunsten der Beschloßenen versprochen hat, macht weder ihnen, noch der Regierung irgend welche Sorge. Sie wollen der stärksten Partei im Lande, der Sozialdemokratie, nicht nur keine stärkere Vertretung zugestehen, sondern sie wollen die sechs Sozialdemokraten, die trotz des Dreiklassenwahlrechts in das Junkerparlament hineingewählt worden sind, entfernen oder ihre Tätigkeit zum mindesten insofern einschränken, daß sie bedeutungslos wird. Das sucht man zu erreichen, indem



man ihnen häufig das Wort abschneidet, und dann haben die Junker zu dem Zweck sich eine Geschäftsordnung gegeben, wonach der Präsident Abgeordnete, die er einige Male zur Ordnung gerufen, von der weiteren Teilnahme an der betreffenden Sitzung ausschließen kann. Als nun der sozialdemokratische Abgeordnete Vorchardt bei Beratung einer gegen die Polen gerichteten Gesetzesvorlage einige Zwischenrufe machte, verbot ihm das der Präsident v. Erffa und forderte ihn auf, sich auf seinen Platz zu begeben. Als Vorchardt darauf hinwies, daß mit ihm noch 50 bis 60 bürgerliche Abgeordnete vor der Rednertribüne stünden und daß er erst weggehen würde, wenn die Weisung allgemein an alle Abgeordnete ergehen würde, wurde er vom Präsidenten kurzerhand von der Sitzung ausgeschlossen. Und als Vorchardt selbstverständlich der Aufforderung, den Sitzungssaal zu verlassen, keine Folge leistete, ließ Herr v. Erffa Polizei holen. Ein Polizeileutnant erschien mit mehreren Schutzleuten, der Abg. Vorchardt wurde gepackt und hinausgeschleppt. Einige Polizisten, die der Meinung waren, es sollten sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete entfernt werden, vergriffen sich auch an dem Abgeordneten Leinert. Da der Abgeordnete Vorchardt, um seiner Pflicht als Abgeordneter zu genügen, durch eine andere Tür wieder in den Sitzungssaal hineingegangen war, so wurde er nochmals gewaltsam entfernt, und es wurden vor jeden Eingang polizeiliche Doppelposten aufgestellt. Dieser unerhörte Vorgang hat aber die Massen aufgepeitscht, er hat ihnen mit aller Deutlichkeit gezeigt, wessen sie sich von der brutalen preußischen Junkersippe zu versehen haben. Die Sozialdemokraten haben in zahlreichen überfüllten Protestversammlungen zu Hunderttausenden gegen diese zum Himmel schreiende junkerliche Vergewaltigung eines gewählten Vertreters energisch protestiert. Und dieser Protest wird insofern seine Früchte tragen, als er den Massen zeigt, wo der Hebel anzusetzen ist, um die Reaktion zu stürzen.

In Ungarn, wo auch, ähnlich wie in Preußen, eine Kaste politisch das Szepter in der Hand hat, ist es bei den von der Arbeiterschaft unternommenen Straßendemonstrationen zu Straßenkämpfen gekommen. Dort hatte vor sechs Jahren der damalige Ministerpräsident W e d e r l e feierlichst versprochen, eine Reform des Wahlsystems im Sinne des gleichen und geheimen Wahlrechts vorzunehmen. Aber bei den Versprechungen, die von späteren Ministern wiederholt wurden, ist es bisher geblieben. Und als am 23. Mai die Sozialdemokraten in der Hauptstadt eine Straßendemonstration veranstalteten, um den Regierenden gegenüber den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen und diese an die Einlösung des mehr als einmal verpfändeten Ehrenwortes zu erinnern, schritt die verbrecherische Regierung mit Waffen-

gewalt ein. Gewehrsalven und Säbelhiebe waren die Antwort auf die Forderung nach Volksrechten. Acht Tote und einige achtzig Schwerverwundete, sowie etwa 120 Leichtverwundete waren die Opfer der verbrecherischen militärischen Aktion in den Straßen von Budapest. Angesichts dessen, daß die gesamte Polizei- und Gendarmereimannschaft und nicht weniger denn 12 000 Mann Militär aufgeboten war, ist das eine verhältnismäßig geringe Zahl, was nur erklärlich wird, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Soldaten, denen befohlen wurde, auf ihre Brüder zu schießen, selber Proletarier sind und die daher immer zu hoch zielten. Die Gefallenen von Budapest sind nicht umsonst für die Freiheit gefallen; auch den Proletariern in Ungarn wie in Preußen muß ihr Menschenrecht werden.

Die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit haben, wie sich das bei unserer privatkapitalistischen Produktionsweise von selber versteht, auch im vergangenen Jahre stattgefunden. Die niedrige Lebenshaltung der Arbeiterschaft im allgemeinen und die vielfach durch die Gesetzgebung künstlich erzeugte Teuerung der Lebensmittel haben die Arbeiter gezwungen, höhere Löhne zu fordern. Eine Lohnsteigerung bedeutet jedoch nicht immer eine Besserung der Lebenshaltung, weil das Mehr an Lohn durch die höheren Lebensmittelpreise vielfach wieder aufgewogen wird. Ganz besonders ungünstig lagen die Verhältnisse bei den Bergleuten; denn diesen hatten die Grubenbarone trotz der Teuerung — die Löhne gekürzt, so daß ihre Lebenshaltung heruntergedrückt wurde. Die Bergleute wären elende Feiglinge gewesen, wenn sie nicht alles versucht hätten, um den ihnen früher gezahlten Lohn wieder zu erreichen. Sie traten in den Streik, mehr als 200 000 Mann allein im Ruhrgebiet. Doch konnten die Bergleute den Kampf nicht zu Ende führen; sie mußten ihn abbrechen, weil der christliche Bergarbeiterverband Verrat übte und den anderen drei Verbänden nachhängte in den Rücken fiel. Es waren politische Machinationen, die hier am Werke waren: Nationalliberale und Zentrum waren im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier bei den Reichstagswahlen im Januar gegen die Sozialdemokraten zusammengegangen. Das Zentrum, welches bei den christlichen Bergleuten einen entscheidenden Einfluß hat, machte diesen zugunsten der Zechenbesitzer geltend. Die Folge war, daß die christlichen Bergarbeiterführer sich gegen den Streik erklärten und damit den sonst sicheren Sieg der Bergarbeiter verhinderten. Der schändliche Verrat der Zentrumschriften hat, wenn dadurch auch der Sieg der kämpfenden Bergleute verhindert wurde, doch das eine Gute gezeitigt: er hat vielen Bergleuten, die bisher noch der Fahne der Zentrumschriften gefolgt sind, gründlich die Augen über die hinterhältige Taktik des christlichen Bergarbeiterverbandes geöffnet.



Rückblick und Ausblick im Lande Baden.

Von Landtagsabgeordneten Wilhelm K o l b.

Das Jahr 1912 bedeutet in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ein Jahr größter Erfolge. Die deutsche Sozialdemokratie marschiert nicht nur an der Spitze aller deutschen Parteien, sie ist die größte, bestorganisierteste und disziplinierteste Partei der Welt. Mit ihren über 4 Millionen Wählern hat sie die zweitstärkste Partei im Deutschen Reich um nahezu das Doppelte überholt, sie hat nahezu 1 Million Stimmen mehr als die liberalen Parteien zusammengenommen. Aber nicht nur hinsichtlich

der Zahl der auf sie abgegebenen Stimmen steht die Sozialdemokratie an der Spitze der deutschen Parteien, sie ist mit ihren 110 Abgeordneten im Reichstag zugleich die stärkste Fraktion. Daß diese ihre zahlenmäßige Größe nicht auch in der deutschen Politik und in der Besetzung des Präsidiums des Reichstags ihren Ausdruck findet, ist in den bedauerlich rückständigen politischen Verhältnissen Deutschlands begründet. In keinem Kulturlande der Welt werden die Volksmassen politisch so mißhandelt

und mißachtet, wie in Deutschland. Das Deutsche Reich hat die unter den Kulturstaaten größte und stärkste Sozialdemokratie, aber zugleich auch die verbitterteste und verschlagendste Reaktion. In dem gewaltigen, kulturge-schichtlich so bedeutsamen Kampfe zwischen der Reaktion und der Sozialdemokratie spielt das sogenannte liberale Bürgertum eine geradezu klägliche Rolle. Wo immer es sich darum handelt, der Reaktion eine entscheidende Schlacht zu bieten, versagt dieses Bürgertum. Kein Wunder, wenn die Reaktion, auch wenn sie bei den Wahlen Niederlagen erlitten hat, im Parlament immer wieder triumphiert.

An dem gewaltigen Siege der deutschen Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen hat die badische Sozialdemokratie leider nicht denjenigen Anteil, den wir erhofft hatten. Zwar ist unsere Stimmenzahl von 93 440 im Jahre 1907 auf 118 879 im Jahre 1912 gestiegen. In-soweit haben wir an dem großen Erfolge vollberechtigten Anteil. Leider ist es uns aber nicht gelungen, unsern Be-sitzstand an Mandaten zu behaupten. Wir haben zwei schmerzliche Verluste zu verzeichnen. Dank der raffinierten, aller politischen Moral höhnsprechenden Taktik des Zen-trums haben wir die Mandate des 9. Wahlkreises (Karlsruhe-Bruchsal) und des 9. Wahlkreises (Pforzheim-Durlach) verloren. Es war voranzusehen, daß das Zen-trum alles aufbieten wird, um uns diese beiden Man-date abzunehmen. Das Zentrum hat der badischen Sozial-demokratie, deren kluge und erfolgreiche Taktik die schwarz-blaue Reaktion bei den beiden letzten Landtags-wahlen um alle ihre Hoffnungen gebracht hatte, Rache ge-schworen. Die Absicht des Zentrums war eine doppelte; einmal sollte die Sozialdemokratie für ihre bei den Land-tagswahlen befolgte Taktik gestraft werden und gleich-zeitig hoffte es, Zwietracht in die Reihen unserer Partei zu säen. Das Zentrum hoffte, die da und dort in der badischen Sozialdemokratie gegen die sogenannte Groß-blocktaktik vorhandenen Bedenken zum lichterloh empor-züngelnden Feuerbrand entfachen zu können. Der Ver-lust von zwei Mandaten an die Liberalen wird — so spekulierte das Zentrum — in den Kreisen der sozial-demokratischen Wähler Entrüstung gegen die Liberalen hervorrufen und damit den Anlaß zur Sprengung des Großblocks bei den Landtagswahlen geben. Zunächst schien es, als ob diese ebenso raffinierte als schlaue be-rechnete Taktik des Zentrums den gewünschten Erfolg ge-habt hätte. In der berechtigten Mißstimmung über den Verlust zweier Mandate an die Liberalen, die noch weitere Erfolge durch die sozialdemokratische Hilfe bei den Stich-wahlen erzielten, machte sich in den Kreisen der sozial-demokratischen Wähler, insbesondere im 9. und 10. Wahl-kreis, eine starke Mißstimmung gegen die Großblocktaktik geltend, der man diese Verluste aufs Konto setzte. Allein bei ruhiger Ueberlegung mußte sich jeder politisch klar-schauende Mensch sagen, daß, sofern die Sozialdemokratie nicht aus eigener Kraft die beiden Mandate behaupten konnte, sie im Hinblick auf die Zentrumstaktik mit größter Wahrscheinlichkeit verloren gehen mußten. Die badische Sozialdemokratie hätte einen weit über die gelb-roten Grenzpfähle hinaus wirkenden folgenschweren politischen und taktischen Fehler begangen, wenn sie ihre Taktik auf die absolut sichere Erhaltung dieser beiden Mandate ge-richtet hätte. Diesen „Erfolg“ hätte die badische Sozial-demokratie mit ihrem politischen Ansehen bezahlt und so-gar die gewaltigen Erfolge der Sozialdemokratischen

Partei im Reiche zu einem nicht unerheblichen Teil in Frage gestellt. Darüber hinaus hätte sie für die nächsten Landtagswahlen eine politische Situation geschaffen, die ihre eigene politische Situation stark geschwächt und der Reaktion zu der sehnlichst gewünschten Majorität im badischen Landtag verholfen hätte. Der Zentrumsführer Wacker wäre, nachdem ihm seit dem Jahre 1905 alle Hoffnungen zerstört worden waren, endlich doch auf seine politische Rechnung gekommen.

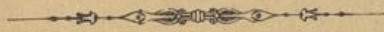
Erfreulicherweise hat die politische Vernunft recht bald wieder den Sieg über die Verärgerung davongetragen. Herr Wacker und das Zentrum müssen sich damit genügen lassen, an der Sozialdemokratie „süße Rache“ genommen zu haben; allein die Hoffnung, daß die badische Sozial-demokratie ihre Taktik wieder ändern und sich zum Gau-dium der schwarz-blauen Reaktion freiwillig wieder auf den politischen Hölzerschemel setzen wird, hat sich in Ent-täuschung aufgelöst. So schmerzlich der Verlust der beiden Reichstagsmandate ist, der politischen Stärke und der Be-deutung der badischen Sozialdemokratie konnte er keinen Abtrag tun. Während das Zentrum alle politische Moral mit Füßen trat, mit den Künsten einer strupellosen De-magogie seine Wähler bearbeiten mußte, marschiert die Sozialdemokratie mit flatternder Fahne und hoherhobe-nen Hauptes künftigen Siegen entgegen. Als zweitstärkste Partei des Landes ist die einst kaum beachtete, so viel ver-lästerte und verfolgte Sozialdemokratie aus dem Reichs-tagswahlkampf hervorgegangen. Seit ihrer „Niederlage“ vom Januar 1912 hat sich ihre Organisation um Tausende neuer Mitglieder vermehrt, die Zahl der Abonnenten unserer Parteipresse wächst von Tag zu Tag. Frohen Mutes und mit sieggewohnter Zuversicht sieht die badische Sozialdemokratie dem kommenden Landtagswahlkampf entgegen. Die Schemelaktik des volksverräterischen Zentrums ist an der politischen Klugheit der sozialdemo-kratischen Wähler zerschanden geworden. Auch bei den kommenden Landtagswahlen wird die konservativ-keri-kale Reaktion die Phalanx nicht durchbrechen, die ihr im Jahre 1905 ein Halt geboten hat. An dieser Tatsache wird auch die schwächliche, aller staatsmännischen Vor-aussicht entbehrende Haltung der badischen Regierung nichts ändern. Die antireaktionären Parteien stehen vor einem ehernen politischen Muß, wollen sie der Reaktion nicht einen billigen Triumph bereiten und aus Baden ein zweites Bayern machen lassen.

Kein Zweifel, die Reaktion wird beim nächsten Land-tagswahlkampf alle Minen springen lassen, um an das so stark ersehnte Ziel ihrer Wünsche zu kommen. Es wird einen politischen Kampf geben, der an Zähigkeit alle bis-herigen Kämpfe übertreffen wird. Deshalb gilt es, mit allen verfügbaren Kräften die Organisation auszubauen, der Presse zu immer weiterer Verbreitung zu verhelfen, so daß wir wohlgerüstet diesem entscheidenden Treffen entgegenstehen können. Die badische Sozialdemokratie kämpft in dieser bevorstehenden Wahl-schlacht nicht nur, um eine reaktionäre Mehrheit im Landtag zu verhindern, sie kämpft um die Eroberung der politischen Macht, die aus Baden und aus Deutschland einen wirklichen Kulturstaat machen will, sie kämpft um Freiheit und Fortschritt auf allen Gebieten. Deshalb:

Vorwärts in den Kampf!

Hoch die Banner!

Vorwärts zu neuen Siegen!



Eine Warnung.

Nun Bäuerin, hast du meinen Schuß
gehört?
Sein Echo rollte lange fort im Walde.
Mein Dackel hat den Burschen auf-
geführt
In dem Gebüsch an steinbedeckter
Halde.
Mit seinen Schlichen war ich längst
bekannt,
Und als der Hund des Schlanen Spur
entdeckte,
Hab' ich gar bald ihm eins aufs Fell
gebrannt,
Daß alle vier er lautlos von sich
streckte.
Die längste Zeit hat er den Grund
gefegt
Mit busch'gem Schweiß, auf Mord
erpicht und Rauben;
Nun ist sein schlimmes Handwerk ihm
gelegt —
Der holt dir keine Hühner mehr und
Tauben!
Den andern freilich, der den Hof
umschleicht
Auf weichen Sohlen küstern und ver-
stohlen,
Den abzutun ist — leider — nicht
so leicht,
Den kann kein Dackel aus dem
Baue holen!



Kindermund.

Frißchen (Sohn eines Schrift-
stellers): Papa, hat das Honora'r
seinen Namen daher, weil es so
rar ist?

Zeitkinder.



Vater: „Was machst Du denn da,
Frißchen?“

Der kleine Friß: „Ich spiele
Reichstag; ich bin der Präsident und die
Abgeordneten sind die leeren Stühle
ringsum.“

Der Taler.

Erzählung von A. Otto-Walster.

Er saß im weiten, weichgepolsterten Lehnstuhl beim matten Licht seiner schirmbedeckten Lampe, der hochbejahrte, vielgefeierte und allgemein verehrte Geheime Kommerzienrat Lange.

Sein jüngstes Enkelkind, „Großvaters Liebling“, die etwas zu bleiche, blondlockige Elisabeth, hatte an diesem Tage ihr Geburtsfest gefeiert und eine ganze Anzahl kindlich übermüthiger Mädchen hatte sich unter seiner nachgiebigen, duldsamen Aufsicht in den weiten Räumen seines Arbeitszimmers nach Luft und Belieben herumgetummelt.

Mit mildem Lächeln hatte er diesem erfrischenden Schauspiel zugehört, dabei aus der großen türkischen Pfeife geraucht, die er von einem Hausaufseher des Khedive von Aegypten gelegentlich der Feier zur Eröffnung des Suezkanals erworben, und — seiner Jugendzeit gedacht.

Ja, das war freilich eine ganz andere Jugendzeit gewesen, die er zu erleben gehabt; bei der Jahreszeit, die er im luftgeheizten Zimmer behäbig „überdauerte“, hatte der Sturm im hauffälligen Haupte sehr lästige Schneewehen als Besuch gebracht, und wie oft war die armselige Abendsuppe noch extra durch den herabgewehten Ruß in unliebsamer Weise gewürzt worden. Welch unermeßlicher Abstand zwischen dem Dasein von damals und dem jetzigen!

Wem aber war das zu verdanken? Doch einzig und allein ihm, seiner Kraft, seiner Energie, seinem unermüdeten, mit Genügsamkeit und Sparsinn gepaarten Streben. Ja, wenn die Arbeiter, statt den wüsten Reden proletarischer Agitatoren zuzuhören, es alle so machten wie er, dann würden sie alle insgesamt auch Geheime Kommerzienräte, Ehrenbürger usw. werden.

Doch so weit ging seine Gedankenfolge nicht, sie flog ins Blaue, wie die Rauchwolken seiner Türkenpfeife.

Witten in seinen selbstgefälligen Betrachtungen unterbricht ihn das Geburtstagskind, welches noch einmal vor dem Schlafengehen hereingestürzt kommt und sich, nur bekleidet vom leichten Hemdchen, auf seinen Schoß schwingt.

„Großpapa,“ ruft es, den Alten mit ihren nackten Armen am Hals umklammernd, „du wolltest mir doch zu meinem Geburtstag eine alte Silbermünze für meine Sammlung schenken. Das hast du wohl vergessen?“

„Ihr Kinder vergeßt doch nie etwas Versprochenes. Nun ja, ich habe nicht daran gedacht. Aber das kann leicht nachgeholt werden. Hier in dem Schränkchen ist ein kleiner Korb, da habe ich vieles hineingeworfen. Sieh, hier ist es.“

Das Kind fiel heister über das kleine geflochtene Körbchen her und wühlte in den zahlreichen Kupfer- und Silbermünzen. Nichts schien es zu befriedigen, die Kupfermünzen warf es ohne weitere Beachtung gleich beiseite, schließlich aber hob es ein Talerstück empor und rief:

„Großvater, den mußt du mir geben, denn da steht ja dein Geburtsjahr d'rauf.“

„Mein Geburtsjahr?“ rief der Alte erstaunt, „davon bin ich ja selber noch nichts gewahr worden. Zeig' einmal her.“

Er nahm den Taler in die Hand, ließ ihn jedoch beinahe im nämlichen Augenblick, als habe er glühendes Metall erfaßt, in den Korb zurückfallen und rief:

„Kind, diesen Taler kann ich dir nicht geben, den habe ich längst einem anderen versprochen, ich wußte bloß nicht, wo ich ihn hingelegt hatte.“

„O, Großpapa, du erzählst mir Geschichten, du bist bloß zu geizig und sagst doch immer, ich sei dein ein und alles. Nicht wahr, du gibst mir den Taler?“

„Um keinen Preis. Wähle sonst, was du willst, nimm meinerwegen alles, aber den Taler bekommst du nicht.“

„Ach, Großpapa, ich möchte ihn aber gern haben; komm, sei gut.“

„Nein, es geht nicht.“

„Aber dann bin ich böse mit dir.“

„Und wenn du böse wirst, den Taler kannst du nicht bekommen.“

Stillschweigend glitt das Mädchen von den Knien des Großvaters herunter und eilte, ohne eine „Gute Nacht“ zu sagen, aus dem Zimmer.

Das ging dem Alten doch zu nah ans Herz; er ergriff ein noch ganz glänzendes Silberstück, ging damit nach der Thür und rief:

„Elisbeth, sieh hier den schönen Krönungstaler!“

Das Kind drehte sich um, nahm den Taler und warf ihn, nachdem es ihn einen Augenblick betrachtet, auf die Diele.

„So einen albernen Krönungstaler, den bloß Dienstmädel tragen, nee, Großpapa, du mußt mich doch nicht für so dumm ansehen.“

Damit ließ es fort und der Alte lehrte an seinen Platz zurück, mühsam den beiseite gelegten Taler wieder in die Hand nehmend. Er sah ihn lange an, als lese er etwas Seltames darauf. Still war's, fast unheimlich in dem weiten Raum.

Keine Rauchwolken mehr, aber Erinnerungen, ähnlich jenen, stiegen vor ihm auf, als er deutlich auf dem matten Silbergrund, dicht bei dem Kopf des Landesfürsten, unter dessen Regierung das Geldstück geprägt worden, ein Kreuz gezeichnet sah. O, dieses Kreuz, für das Auge eines gleichgültigen Betrachters fast unsichtbar geworden, wie leuchtete es ihm entgegen, wie ließ es eine längst vergangene Zeit wieder in ihm aufleben!

Hungrig und müde vom langen Wandern war er als 18jähriger Handwerksgehilfe in einer Herberge eingekehrt, „bewaffnet“ nur mit den wenigen zusammengefochtenen Groschen, die allenfalls für ein dürftiges Abendbrot, für die Streu zum Nachtlager und vielleicht noch für ein Männchen Zichorienkaffee und Brötchen am Morgen auszureichen versprochen. Vielleicht fiel die Ernte des nächsten Tages etwas reichlicher aus, vielleicht auch nicht; jedenfalls mußte er weiter, immer weiter, bis ihn ein günstiger Zufall der unerträglichen Arbeitslosigkeit und ihrem Elend entrieb. Jetzt bemitleidete er sich selbst und die anderen „dummen Kerle“, die so wie er gelebt und noch lebten. Da fiel sein Blick wieder auf den Taler, der förmlich an seinen Fingern zu kleben schien.

Diesen selben Taler hatte er, als er am anderen Morgen das ganz vereinsamte Gastzimmer betrat, auf einem Tisch liegen sehen; ein Blick nach dem Fenster belehrte ihn, daß draußen der Schnee in dichten Flocken niederging und das Weiterwandern zu einem sehr beschwerlichen zu machen drohte.

Im nächsten Augenblick war der Taler in seiner Tasche geborgen. Der Taler mußte doch eine Herberge haben und konnte keine bessere finden.

Und nun fort, nach einem möglichst entfernten Platz am Fenster.

Ein anderer, schneebedeckter Wanderbursche tritt pustend und stampfend herein. Das übliche Begrüßen und Fragen nach Namen, Beruf, Geburtsort, Wanderziel und Arbeitsaussichten ist kaum zu Ende, als der Wirt mit einem vierchrötigen, dickbäuchigen Mann eintritt, der sich alsbald als Schweinehändler kundgibt, und an dem Tisch Platz nimmt, auf dem der Taler neben einem „Stamper“ Branntwein gelegen.

„Jakob,“ ruft er nun gleich, „du hast mir auf meinen Taler noch nicht herausgegeben!“

„Ach, du mit deinen faulen Wizen,“ entgegnet der Wirt lachend.

„Nein, diesmal im Ernst, ich habe einen Taler auf den Tisch gelegt; ich kann mich nicht irren, denn ich hatte nur ein solches Stück im Beutel, und — sieh selber . . .“

„Du wirfst ihn dann wieder eingesteckt haben, als wir hinausgingen, um die Ferkel zu taxieren.“

„Wahrhaftig nicht, sieh doch, in keiner meiner Taschen ist eine Spur davon. Nimm nur deine Kasse vor.“

„Da sind verschiedene Talerstücke drin, wie sollte ich denn deinen finden? Aber ich weiß bestimmt, du hast mir keinen gegeben.“

„Na, den meinigen kannst du leicht finden, denn ich zeichne, seitdem ich einmal einen sehr ärgerlichen Streit gehabt, alle Taler, die durch meine Hände gehen, mit einem Kreuz dicht beim Kopfe des Großherzogs.“

„So, nun dann überzeuge dich selbst, hier habe ich nur zwei Talerstücke, und keine Spur von einem Kreuz dabei.“

„Herr Wirt, ich bitte, ich will bezahlen!“ rief jetzt der später eingetretene Handwerksbursche und legte ein Talerstück vor sich auf den Tisch.

Zur selben Zeit erhob sich vor dem Gasthof ein Heidenlärm. Zwei oder drei Fuhrleute waren wegen des Platzes aneinander geraten und Unbeteiligte mengten sich, wie gewöhnlich, hinein, um den Kravall ärger zu machen.

Der Wirt, der Viehhändler und der Handwerksbursche eilten sofort hinaus.

Er aber, der jetzige Geheime Kommerzienrat, Ehrenbürger und Stadtrat a. D., der bis dahin gezittert und gebeht und den Taler in seinem Stiefelschaft geborgen hatte, warf noch einen Blick auf das heftige Schneegestöber draußen, nahm dann sein Taschmesser heraus und zeichnete auf den Taler seines Leidensgefährten an der von dem Viehhändler bezeichneten Stelle ein Kreuz.

Als der Wirt den Taler aufnahm, sah er nach der vorhergegangenen Auseinandersetzung sofort das Kreuz, das er sonst nicht bemerkt haben würde. Der Handwerksbursche wurde den ihm ins Gesicht geworfenen Beschuldigungen gegenüber grob und trotzig und sodann von dem schnell herbeigerufenen Polizisten verhaftet.

Wohl zitterte der ungetreue Kamerad, als er den ins Glend Gestohlenen abführen sah. Die Bemerkungen über den Dieb schnitten ihm ins Herz, aber er hatte nicht die moralische Kraft, die Wahrheit zu sagen.

Der Vertreter des Staates hatte nicht viel Mühe mit ihm; der Schuldbeweis war klar und vollständig erbracht, und wenn dem Verurteilten auch „mildernde Umstände“ zugebilligt wurden, war ihm doch sein ganzer künftiger Lebensweg als „Bestrafter“ ein für allemal verdorben.

Unsere Justiz kann einmal beim besten Willen nicht anders in unserer vorzüglich eingerichteten Gesellschaftsordnung:

Weder Och= noch Stier= Opfer fallen hier, Aber Menschenopfer ungezählt.

Der zukünftige Geheime Kommerzienrat und Ehrenbürger hatte von jetzt ab großes Glück. Zunächst schenkte ihm der über die Entdeckung des Diebes hocherfreute Wirt beim Anblick seiner armseligen Barschaft die Zechen, der Schweinehändler legte noch einen Zehrpennig hinzu, und dann war er fortgeeilt, bis er in die Stadt kam, wo die Arbeitsgenossen seiner Branche wegen Lohnherabsetzung streikten. Da hatte er gleich bei einer Witwe Arbeit gefunden, die ihn bald zur ordnungs- und sitten-gemäßen Ehe nötigte, damit dem Staate, der sich ja auf die Familie stützt, kein Schaden erwüchse.

Die Entwitwete tat ihm indessen den Gefallen, ihn bald des Glückes der Witterschaft teilhaftig werden zu lassen. Und nun hatte er auf Grund dessen, was er erbt, die Gelegenheit, durch eine zweite Heirat noch viel mehr zu bekommen.

Zu seinem Ruhme müssen wir erwähnen, daß er als reicher Mann, da ihm einmals der Taler, den er nie auszugeben gewagt, zufällig in die Hände kam, sich nach dem armen Opfer seines damaligen ausgefeimten Diebstahls erkundigte.

Die Antwort lautete: Gestorben, verdorben.

„Gestorben, verdorben,“ murmelte auch jetzt der Geheime Kommerzienrat, der, während er diesen Erinnerungen nachging, ein Glas Tokajer nach dem anderen getrunken, den Taler mit dem Kreuz aber immer in der zitternden Hand gehalten hatte, und seine Gedanken wurden trüber und trüber.

Er sah Schneeflocken draußen, obwohl die Fenster mit schweren Gardinen verhängt waren.

Dann dachte er an den armen Wanderburschen, gleich darauf an das so ganz rücksichtslose Entseelkind, seinen Liebling, das den Ordnungstaler so verächtlich auf den Boden geworfen und gerade diesen bekreuzten Taler haben wollte, und wie er so oft in seiner amtlichen wie in seiner Vereinstätigkeit gegen das „Vagabunden- und Handwerksburschentum“ und die „Arbeitscheu“ und „angebliche Arbeitslofennot“ gewettert, und immer blieb der bekreuzte Taler in seinen Händen fliehen.

So fanden ihn auch die Seinigen am nächsten Morgen, steif und kalt in seinen Lehnstuhl gesunken und den Taler in seiner erstarrten Hand.

Die fesseln brecht!

Von A. Schrader.

Wohlauf Proletarier, es ruft die Zeit,
Zu neuem, gewaltigen Ringen.
Drum laßt es mit Kampfesfreudigkeit
Zum Sturme die Waffen klingen.
Laßt stolz das rote Banner weh'n,
Es gilt der Menschheit Aufersieh'n.
Frei sei die Arbeit, frei das Recht.
Auf in den Kampf, die Fesseln brecht!

Herbei, du geknechteter vierter Stand,
Der du schaffest ohn' Rast, ohne Ende.
Herbei ihr Enterbten aus Stadt und Land,
Die ihr rühret die fleißigen Hände.
Brecht der Tyrannen finst're Macht,
Dann hellt sich eures Glends Nacht.
Frei sei die Arbeit, frei das Recht.
Auf in den Kampf, die Fesseln brecht!

Ihr Frauen, ihr Mütter, die ihr euch müht
Spät am Abend, früh am Morgen,
So rasch im Daseinskampf verblüht,
Im stetigen Hasten und Sorgen.
Werft ab die Schmach der Sklaverei,
Macht euch vom Joch der Willkür frei.
Frei sei die Arbeit, frei das Recht.
Auf in den Kampf, die Fesseln brecht!

Folgt, Proletarier, dem Ruf der Zeit,
Nur vorwärts zu mutigem Wagen.
Euch wird der Sieg, wenn ihr einig seid!
Wolltet ihr die Ketten noch tragen?
Erfüllt der Alten Testament
Und machet eurer Not ein End'.
Frei sei die Arbeit, frei das Recht.
Auf in den Kampf, die Fesseln brecht.

Ein jugendlicher Philosoph.



Fränzchen (der vom Vater angehalten wurde, seine Schulaufgaben zu machen): „Es ist im Leben häßlich eingerichtet, daß einer schaffen muß und andere gar nichts tun.“

Ein Verschwender.



Primaner: „Vater, gib mir eine Mark, ich möchte mit baden gehen!“
 Vater: „Was? Schon wieder! Du hast ja in Obersekunda erst gebadet!“

Ironie.



„Mein Vater und Großvater waren auch schon Rezensenten.“

„Da darf ich mich ja gar nicht wundern, daß Sie unter der Kritik erzogen sind!“

Der Stärkere.



Doktor: „Ich habe Ihnen doch das Biertrinken unterfagt!“
 Patient: „Ja, ich kann wirklich nichts dafür; der Durst ist eben stärker als Sie!“

Gesundheitspflege.

Mittel gegen Keuchhusten. Eine starke Hand voll Blätter vom gemeinen Vocksborn (*Urtica europaeum* L.) für einen Liter Wasser wird auf die Hälfte eingekocht, Zucker hinzugefügt und dieses mehrmals löffelweise eingenommen.

Gegen Lungenkatarrh und heftigen Husten bietet uns der Honig ein sehr bewährtes Heilmittel, indem man in einem Viertelliterglas 3 Eßlöffel Honig und 30 bis 40 Tropfen Zitronensäure mit heißem, abgekochtem Wasser zu einer Limonade vereinigt. Dieses Getränk dreimal des Tages möglichst heiß getrunken, beseitigt das Leiden in wenigen Wochen.

Gegen Influenza und Schnupfen. Ein sicheres Mittel gegen die Influenza ist Schafgarbentee und guter Bienenhonig. Man trinke beim Beginn der Krankheit morgens und abends eine Tasse Schafgarbentee mit einem Eßlöffel voll Honig, und nach kurzer Zeit wird man eine Besserung spüren.

Wer an Krampfadern leidet, hüte sich vor Weinbädern von länger als drei Minuten Dauer. Es wird nämlich durch solche Bäder viel Blut nach unten gezogen, was naturgemäß eine Erweiterung der Krampfadern zur Folge hat.

Bei einem Anfall von nervösem Herz klopfen sind, wenn ein Arzt nicht zur Stelle ist, Gesicht und Brust mit Wasser von Zimmertemperatur abzuwaschen. Auf die Herzgegend kann man ein Senfpflaster oder einen Eisumschlag legen. Innerlich verabfolgt man ein Brausepulver. — Herzkranken wird die Aufnahme leicht verdaulicher und eiweißhaltiger Nahrungsmittel, die Einhaltung von starkem Kaffee, Tee, Tabak und kohlenstoffhaltigen Getränken empfohlen.

Bei der Pflege von Diphtheritiskranken verwende man zum Auffaugen von Schleim und Eiter aus Rachen und Nase niemals Taschentücher, sondern stets entfettete Baumwolle. Man verschleppt nämlich mit Tüchern den Infektionsstoff sehr leicht, während man die beschmutzte Watte sofort unschädlich machen kann, indem man sie nach dem Gebrauch unverzüglich verbrennt.

Gegen Gicht soll das Auflegen warmer Säckchen, die mit Kochsalz gefüllt sind, sich bewährt haben. Sobald das Säckchen erkaltet, muß es durch ein warmes wieder ersetzt werden, bis die Schmerzen verschwinden. Das Säckchen kann zehnmal angewärmt werden, dann ist das Salz unbrauchbar und muß weggeworfen werden.

Das Verschluden einer Gräte oder eines kleinen Knodens bringt oft genug nicht nur Unannehmlichkeiten, sondern auch ernste Gefahr für das Leben mit sich. Als bestes Mittel zur Behebung ist das sofortige Verschluden eines von der Schale befreiten rohen Eies. Der Erfolg ist überraschend, wenn mit der Anwendung dieses einfachen Mittels nicht gezögert wird.

Wespenstiche können leicht lebensgefährlich werden, wenn sie im Halse während des Schluckens von Getränken und Früchten beigebracht werden. Hier ein Mittel, das, sofort angewandt, plötzliche Erleichterung bringt. Sobald man spürt, daß man im Munde oder im Halse gestochen ist, nehme man einen Teelöffel voll Kochsalz, mit etwas Wasser angefeuchtet, und verschlucke dies langsam. Geschwulst und Schmerzen verschwinden hierbei in kürzester Zeit. Dies einfache Mittel hat schon manchen vom Tode errettet.

Bei rheumatischem Zahnschmerz spült man den Mund mit Kamillentee, auch steckt man ins Ohr einige Kamillenblüten, nur leicht mit Watte umwickelt, damit sie nicht tiefer in das Ohr eindringen.

Schmerzlos Splitter herausziehen. Völlig schmerzlos kann man einen tief ins Fleisch getriebenen Splitter ent-

fernen, und zwar folgendermaßen: Man fülle eine weithalsige Flasche mit heißem Wasser, presse den verletzten Teil auf die Oeffnung der Flasche. Das Einsaugen wird das Fleisch einziehen, und in 1—2 Minuten wird der Dampf den Splitter und auch die Entzündung herausziehen.

Kalk im Auge. Es gibt für das Auge keinen heftigeren Schmerz, als wenn etwas Kalk ins Auge dringt, wie dies nicht selten bei den Maurern und Weißbindern vorkommt. Wollte man das schmerzhaftige Auge mit kaltem oder warmem Wasser auswaschen, so würde man die Schmerzen nur verschlimmern, statt zu bessern. Ein bewährtes Verfahren besteht darin, daß man das beschädigte Auge mit starkem (konzentriertem) Zuckerwasser auswäscht. Kalk verbindet sich nämlich gern mit Zucker und wird dadurch fürs Auge unschädlich gemacht.

Mittel gegen Miteffer, jene kleinen, schwarzen, meistens auf der Nase sitzenden Pöckelchen, gibt es Tausende. Aber selbst alle Salben und Schönheitswasser können wenig ausrichten, wenn man die Kost nicht ändert. Zunächst sind alle sauren Speisen und solche mit scharfen Gewürzen zu vermeiden; statt Bier ist Zuckerwasser, statt Kaffee Milch zu trinken. Außerdem ist das Gesicht täglich mit Kleiwasser zu waschen.

Gegen Magenleiden und Kopfschmerz. Ein einfaches, magenstärkendes Mittel sind zerstoßene oder zerdrückte Wachholderbeeren, früh morgens mit einem Glas Wasser genossen. Sie beseitigen den durch Verstimmung des Magens entstandenen Kopfschmerz sicherer als andere Mittel. Früher waren Wachholderbeeren ein beliebtes und häufig angewandtes Hausmittel, das sich bei Magen schwäche, Sodbrennen, Blähsucht, Haut- und Bauchwasser sucht und Hautausschlägen recht gut bewährte.

Gegen Frostbeulen sei hier ein einfaches Hausmittel angeführt, welches ausgezeichnet ist. Man kocht einen Selleriekopf mit soviel Wasser, wie man zu einem Fußbade benötigt; ist der Selleriekopf weich, nehme man ihn heraus und bade nun die Füße so heiß, wie man es vertragen kann, in dem Wasser. Die Wirkung ist verblüffend, schon am nächsten Tage sind die Frostbeulen verschwunden.

Mittel gegen Sommerflecken. 150 Gramm destilliertes Wasser, 45 Gramm Zitronensaft, 15 Gramm Borax. Mit dieser Mischung wird das Gesicht eingerieben, ehe man in die Sonne geht.

Das Bett nässen der Kinder wird dadurch verhütet, daß man die Kinder ganz eben in das Bett legt und dessen Fußteil durch untergeschobene Klöße 30—40 Zentimeter hochstellt. Die Kinder bekommen gewöhnlich schon nach drei Wochen, auch wenn sie dann die süßliche Lage einnehmen, keine Rückfälle mehr.

Ohrenschmerzen können häufig gelindert werden, wenn man den Dunst von heißem Wasser in die Ohren läßt. Statt bloßem Wasser kann man auch Hollunder- und Kamillentee anwenden. Man bedient sich dazu eines gewöhnlichen Trichters, den man mit der Eingußöffnung auf das Gefäß setzt, das die heiße Flüssigkeit enthält. Es versteht sich von selbst, daß man sich vor Verbrennung hüten muß.

Mittel gegen Fliegen. 1. Stelle Lorbeeröl in flachen Gefäßen in die Stube; die Fliegen können den Geruch nicht vertragen und entfernen sich. 2. Brenne Kürbisblätter an. 3. Koche geraspeltes Quassienholz (6 L. auf 8 L. Wasser), lege es auf einen Teller und streue gestopfenen Zucker darauf; der Genuß tötet die Fliegen. 4. Stelle an jedes Fenster eine Rizinuspflanze; die Fliegen meiden alsdann das Zimmer.

Hauswirtschaftliches.

Giftige Kartoffeln im Frühjahr. Die Wenigsten wissen, daß die „Frühjahrskrankheit“, die sich in Zerfalligkeit der Glieder, Arbeitsunlust, Frieren, Kopfweh u. dergl. äußert, sehr oft durch nichts weiter verschuldet ist, als durch den Genuß giftiger Kartoffeln. Alle Kartoffeln, die den Winter über aufbewahrt gewesen sind, haben in sich ein lebhaft wirkendes Gift entwickelt, das Solanin (Nachtschatten- oder Kartoffelstoff), das wahrscheinlich viel zum „Treiben“ der Augen beiträgt. Zum Essen sollten aber Kartoffeln, die den Winter über im Keller getrieben, keine angefaßt haben, nicht verwendet werden, denn das Solanin hat die ganze Frucht durchsetzt. Darum hat es keinen Zweck, die keine abzureifen, wie es die meisten Hausfrauen tun; die Kartoffeln müssen unter den leimfrei gebliebenen ausgesucht werden, die angekeimten sind die Saatkartoffeln. Das Solanin ist auch die Ursache der öfter vorkommenden Vergiftungen beim Schälen oder Entkeimen der Kartoffeln mit einer Wunde am Finger. Solche Blutergüsse haben oft den Tod zur Folge. — Um Kartoffeln lange gut zu erhalten und vor dem Keimen zu schützen, wird Verdunkelung der Kellerr Fenster angeraten, sowie zeitweises Verbrennen von Schwefel bei verschlossenen Oeffnungen. Das Schwefeln in feuchten Kellern ist deshalb nützlich, weil die schweflige Säure viel Feuchtigkeit aufsaugt. Sodann müssen die Kartoffeln aber auch nicht auf dem bloßen Kellerboden, sondern auf einer Unterlage von Stroh aufbewahrt werden.

Mittel gegen Schimmel. Es kommt häufig vor, daß in Räumen mit feuchten Mauern, in Schränken und anderen Behältnissen, auch an Kleidern und sonstigen Gegenständen sich Schimmel ansetzt. Wo Schriftstücke und wichtige Dokumente aufbewahrt werden, ist dies von unabsehbarer Tragweite, weil die Schrift sehr darunter leidet und oft ganz unleserlich werden kann. Das beste Mittel dagegen ist, außer fleißigem Lüften, die Aufstellung eines Gefäßes mit ungelöschtem Kalk, der durch Absorbierung der Feuchtigkeit die Luft trocken und rein erhält. Der Kalk muß aber häufig erneuert werden.

Luftreinigung in Krankenzimmern. Das beste und einfachste Mittel ist unstreitig das öftere und längere, nach Umständen auch das beständige Offenhalten der Fenster, am zweckmäßigsten von oberen Flügeln. Das frühere Abschließen von jedem Zutritt der frischen Luft ist eine veraltete und verkehrte Maßregel, der wohl kein Arzt mehr huldigt; weiß er doch, daß frische, gesunde Luft oft ein besseres Heilmittel ist als alle Arznei. Daß man den Kranken durch Zudecken und auf jede andere Weise gegen Luftzug soviel als möglich schützen muß, versteht sich von selbst. Um schnell alle verdorbene Luft zu entfernen, beobachtet man folgendes Verfahren: Nachdem man den Kranken vor Luftzug sichergestellt hat, öffne man das Fenster, gieße auf eine vorher heiß gemachte eiserne Schaufel etwas guten Essig und gehe damit mehrere Male im Zimmer auf und ab. Der Geruch, der sich dabei entwickelt, ist in Verbindung mit der frischen Luft für die meisten Kranken sehr angenehm und erfrischend. Man kann auch einige Zwiebeln zerschneiden, lege sie auf einen Teller und stelle diesen auf den Fußboden des Zimmers. Sie sollen alle schlechte Dünste mit großer Schnelligkeit an sich ziehen und müssen daher alle fünf bis sechs Stunden erneuert werden. Das Mittel ist schon sehr alt und soll bereits von den Aegyptern angewandt worden sein. Will man mit anderen Stoffen in Krankenzimmern räuchern, so muß es bei geöffneten Fenstern geschehen, denn Räuchermittel allein zerstören nicht die verdorbene Luft, sie verdecken nur für einige Zeit die läßlichen Gerüche.

Zur Vertilgung der lästigen Nagetiere, der Ratten und Mäuse, steckt man mit Terpentindf getränkte Lappen und Stüchchen Leder in deren Gänge und Löcher. Auch legt man ihnen Pillen in den Weg, die aus gestoßenen bitteren Mandeln und etwas Zucker geknetet sind. Die in den bitteren Mandeln enthaltene Blausäure wirkt tödlich. Als drittes Mittel sei noch angeführt ein Gemengel von Sauerteig und Feilspänen, zu gleichen Teilen dem Gewicht nach. Die Masse wird vor die Löcher gelegt, von den Tieren benagt und ist dann die Ursache ihres schnellen Todes. Ein weiteres Mittel ist Petroleum. Da die Tatsache ermittelt worden ist, daß in Petroleum-Raffinerien und auf Petroleumschiffen Ratten niemals zu finden sind, so ist anzunehmen, daß sie eine große und berechnete Abneigung gegen das Erdöl haben.

Küchenschwaben vertreibt man mit einer Mischung von Borax, Zucker und Mehl. Diese Mischung erhält man in jeder Drogerie; man streut das Pulver in kleinen Häufchen abends in der Nähe der Ritzen und Oeffnungen, wo die Tiere herauskommen, aus. Die Schwaben fressen es und gehen daran zugrunde. Anderen Tieren oder Menschen ist diese Mischung nicht schädlich.

Neue Glühstrümpfe sollten vor dem Gebrauch in Essig gelegt und dann zum Trocknen aufgehängt werden. Wenn sie ganz trocken sind, werden sie aufgesteckt und brennen bedeutend heller als sonst. Auch halten sie etwa doppelt so lang, selbst an zugigen Orten.

Das Säubern von Petroleumlampen. Zunächst muß der Brenner innen und außen von Blat frei sein. Für die äußere Wandung nehme man einen Lappen, die innere erfordert jedoch ein besonders feines Bürstchen, das eigens zu diesem Zweck in jedem Lampengeschäft für ein paar Pfennige zu haben ist. Ein schlechter Ersatz, aber als Notbehelf ausreichend, ist zusammengedrehtes Papier. Auch das Reinigen des Bassins ist von Zeit zu Zeit unbedingt notwendig. Man mache eine Lösung von Soda, Pottasche und Seifenwasser, gieße diese hinein und schüttle wiederholt tüchtig um. Nach dem Ausgießen der Lösung nehme man zunächst einen wollenen Lappen und fahre mit diesem so lange nach, bis jede Spur von Feuchtigkeit getilgt ist, eventuell nehme man mehrere Lappen. Erst nach dem vollständigen Austrocknen gieße man frisches Petroleum darauf. Man achte darauf, daß auch der Docht nicht zu alt, sauber und lang genug ist. Die Petroleumlampen brennen besser, wenn dem Petroleum eine Messerspitze voll Salz hinzugefügt wird.

Die beliebten braunen Schuhe erhält man lange tadellos, wenn man sie mindestens jede Woche mit einer Speckschwarte abpoliert, mit Talkum abreibt und schließlich mit einem Lederlappen anhaltend frottirt.

Ein gutes Mittel, die Fensterscheiben vor dem Ueberfrieren, was so leicht das lästige Gefühl des von aller Welt „Abgeschnittenseins“ hervorruft, zu schützen, ist das allmorgendliche leichte Abwaschen vermittels eines in schärfstes Salzwasser getauchten Schwammes. Heißes Wasser ist nicht zu empfehlen, da bei seiner Anwendung die Scheiben leicht zerpringen.

Gühneraugen entstehen nur durch schlecht sitzendes und enges Schuhwerk und vergehen, sobald man bequemes Schuhwerk trägt. Um sie zu entfernen, badet man vor dem Zubettgehen den betreffenden Fuß in heißem Wasser, wickelt dann ein in kühles Wasser getauchtes Handtuch darum und zieht einen weiten wollenen Strumpf darüber. Die Hornschichten erweichen über Nacht und man kann sie am Morgen mit einem stumpfen Messerchen ab- und ausheben. — Gelingt es nicht ganz, so wiederhole man das Verfahren am nächsten Abend.

Einwirkung.



Pfarrer: „Na, Frau Niedermaier, woher hat Sie denn die geschwollene Bade?“

Bäuerin: „Wissen's, Herr Pfarrer, mein Alter hat gestern etwas zu viel getrunken!“

Moderne Schnadahüpfl.



Heut' wo all's flüagt,
Da is es wohl g'wiß,
Daß Lustikus bald
Gar foa Schimpfnam' mehr is.
Goldio!

Wann's no G'rechtigkeit gab
Af der Welt, so scheint mir —
Na müaßt ma's Wassa vafteuern
Und freigeb'n das Bier.
Goldio!

Stadt und Land.



Hansjörg: „Sie, dös Brätle schmeckt amol domm, seit i Salz aus dem Büchsele do druffg'schtrait han!“

Kellner: „Das glaube ich, in dem Büchsele ist gar kein Salz, sondern Zucker.“

Der scharffichtige Vater.



Mutter: „Lieber Kuno, es ist nicht recht von Dir, daß Du unser Möschen nicht Nachbars Adolf zur Frau geben willst. Ich versichere Dich, er würde sie auf den Händen tragen.“

Vater: „Das glaube ich schon, aber vorher müste ich dem Tunnichtgut auf die Beine helfen.“

Statistisches.

Zusammensetzung des Reichstages von 1871 bis 1912.

Fraktion	1871	1874	1877	1878	1881	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1903	1906	1907	1912
Konservative	54	21	40	59	58	50	76	80	72	67	53	51	52	52	61	42
Freikonf. (Reichsp.)	38	34	38	57	49	27	28	41	20	28	22	20	19	22	25	14
Bildkonservative	5	3	—	—	1	1	2	—	1	5	4	7	6	1	1	2
Antisemiten	—	—	—	—	—	—	—	1	5	16	14	13	11	14	20	} 18
Bund der Landw.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	4	3	4	5	
Bayr. Bauernbd.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	5	3	3	3	1	3
Nationalliberale	118	151	127	98	64	45	51	98	41	53	48	53	50	51	55	47
Lib. (Frei.) Verein	—	—	—	—	21	47	} 64	} 32	} 64	} 14	} 13	} 15	} 9	} 10	} 14	} 41
Deutschfreis.	45	48	35	26	28	59										
Demokraten	2	1	4	3	4	8	7	—	10	11	8	7	6	6	7	7
Bildliberale	6	4	4	5	12	3	3	3	5	1	3	3	2	—	1	1
Zentrum	58	91	93	93	94	98	99	98	106	96	102	102	100	100	105	93
Polen, Litauer	14	14	14	14	14	18	16	13	16	19	15	14	16	16	20	18
Welfen (3.-Höfp.)	7(3)	4(3)	4(4)	10(10)	10(9)	10(9)	11(9)	4(3)	11(7)	7(4)	9(5)	7(4)	7(4)	7(4)	2(1)	5
Elßaß-Lothringer	—	15	10	11	12	15	15	15	10	8	10	10	10	10	8	1
Dänen	1	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	—
Bildkerisale	1	1	—	1	1	2	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Sozialdemokraten	1	10	12	9	10	12	24	1.	35	44	56	58	81	79	93	110

Reichstagsauflösungen. Sechsmal wurde der Reichstag vorzeitig aufgelöst. Am 29. November 1873 behufs früherer Ausführung der Wahlen; am 11. Juni 1878 nach Ablehnung des Sozialistengesetzes; am 14. Januar 1887 und am 6. Mai 1893 nach Ablehnung von Militärvorlagen; am 13. Dezember 1906 nach Ablehnung der Kolonialvorlage.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie.

Jahr	Wahlber.	Abgegeb. gült. Stimm.	Sozialdem. Stimmen	Soz. St. der Wahl. l. P. u. j.	Soz. Wbg.
1871	7 656 273	3 384 803	113 048	2,91	2
1874	8 523 446	5 190 254	350 861	6,76	9
1877	8 943 028	5 401 021	493 258	9,13	12
1878	9 124 311	5 760 947	437 158	7,59	9
1881	9 090 381	5 097 760	311 961	6,12	12
1884	9 388 074	5 662 957	549 990	9,71	24
1887	9 769 802	7 540 938	763 128	10,12	11
1890	10 145 877	7 228 542	1 427 298	19,75	35
1893	10 628 292	7 673 973	1 780 989	23,21	44
1898	11 441 094	7 759 153	2 113 536	27,24	56
1903	12 528 963	9 495 762	3 010 756	31,71	81
1907	13 350 698	11 262 775	3 259 020	28,93	46
1912	14 441 777	12 206 608	4 250 329	34,82	110

Die Anzahl der Wahlberechtigten betrug: 14 441 777 (1907: 13 350 698). Gültige Stimmen wurden abgegeben: 12 206 808 (1907: 11 262 775). Demnach Wahlbeteiligung: 84,5 (gegenüber 84,7 Proz. bei der Wahl 1907). Danach stellt sich die Stimmenzählung außerordentlich günstig für die Sozialdemokratische Partei. Sie hat mehr als 4¼ Millionen Stimmen erhalten.

Die sozialdemokratischen Stimmen in den einzelnen Provinzen und Staaten.

Provinz/Staat	1912	Zunahme gegen 1907
Preußen:		
1. Ostpreußen	51 598	6 859
2. Westpreußen	27 656	7 731
3. Berlin	306 530	55 315
4. Brandenburg	421 489	129 559
5. Pommern	75 357	14 833
6. Posen	12 310	5 809
7. Schlesien	231 837	65 778
8. Sachsen	263 825	57 171
9. Schleswig-Holstein	118 261	4 913
10. Hannover	184 867	42 100
11. Westfalen	223 514	62 884
12. Hessen-Nassau	149 957	35 878
13. Rheinland u. Hohenzollern	328 607	89 957
	2 395 787	578 837
Bayern	329 554	91 662
Sachsen	517 007	98 437
Württemberg	154 814	39 090
Baden	118 879	25 439
Hessen	98 751	21 759
Mecklenburg-Schwerin	45 820	1 549
Sachsen-Weimar	37 174	8 438
Mecklenburg-Strelitz	6 270	211
Oldenburg	26 934	5 238
Herzogtümer (Braunschweig, Sachl.-Meiningen, S.-Altenburg, Sachl.-Koburg-Gotha und Anhalt)	142 298	20 087
Fürstentümer	57 872	14 766
Freie Städte	189 003	37 174
Elßaß-Lothringen	116 719	35 130
	4 256 891	977 871

Das Wahlergebnis vom 12. Januar 1912.

	1912	1907
Konservativ	1 129 274	1 060 209
Reichspartei	370 387	471 863
Wirtschaftl. Vereinigung, u. zwar:		
Deutsch-sozial	47 391	} 472 530
Christlich-sozial	103 954	
Bund der Landwirte	58 998	
Deutsche Reformpartei	51 928	
Sonstige	94 104	
Bayerischer Bauernbund	48 219	76 107
Zentrum	2 035 290	2 179 743
Polen	441 736	453 858
Nationalliberal	1 672 619	1 637 048
Deutscher Bauernbund	29 148	—
Fortschrittliche Volkspartei	1 528 886	} 1 233 933
Demokratische Vereinigung	29 444	
Sozialdemokraten	4 250 329	3 259 020
Elßaß	68 565	} 103 626
Lothringer	36 356	
Welfen	90 607	78 232
Litauer	6 227	4 221
Dänen	17 289	15 425
Wilde	48 638	} 208 942
Unbestimmt	37 654	
Zerpfüttet	9 855	8 018
Summe	12 206 808	11 262 775

Was die Kriege kosten.

Der preuß.-österreich. Krieg im Jahre 1866	1 324 000 000
Der deutsch-französische Krieg	10 000 000 000
Der russisch-japanische Krieg	8 720 000 000
Der Donau-Monarchie kostete allein die Mobilisierung im Winter 1908/09 etwa	500 000 000
Der deutsche Feldzug gegen die Eingeborenen im südafrikanischen Schutzgebiet 1903/04	400 000 000
Italiens Raubzug nach Tripolis kostete in den ersten 5 Wochen pro Tag fast 2 Mill. Lire; die Gesamtkosten für ein Jahr auf	1 600 000 000
Der Burenkrieg kostete die Engländer für jeden Buren 60 000 Mk. im ganzen	3 000 000 000
Nach der Berechnung des Generals der Infanterie z. D. von Blume kostet Deutschland ein einjähriger Krieg	6 000 000 000
Pro Kopf der Einwohner Deutschlands 92 Mk., pro fünfköpfige Familie	460
Dazu käme noch die Naturalverpflegung. Andere Militärschriftsteller schätzen die Kosten eines zukünftigen Krieges noch höher, auf 20 Millionen Mark pro Tag oder für einen Krieg mit 1jähr. Dauer auf	7 000 000 000—8 000 000 000

Das Geschäft der Patrioten.

Das Interesse mancher Unternehmen an den Kriegshandlungen und dem Nützlichkeitsfanatismus läßt ein Blick in die Geschäftsergebnisse erkennen. Es verteilten nämlich Dividende in Prozent:

	Vorletztes Jahr	Letztes Jahr
Berein. Köln-Rottweiler Pulverfabriken	18	18
Sprengstoff-N.-G. Carbonit, Hamburg	7 1/2	8 1/2
Nobel-Dynamit	10	10
Nitritfabrik	16	16
L. Loewe	16	18
Krupp	10	10
Rhein-Westfäl. Sprengstofffabriken	14	14
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken	24	25

Die Ermüdung der Arbeiter als hauptsächlichste Ursache der Betriebsunfälle.

Die Zahl der verletzten und getöteten Personen nach der Dauer ihrer Beschäftigung am Unfalltag (seit Beginn der Arbeitsschicht) in Prozenten:

Beschäftigungsdauer	Berufs-gesellschaften	Gewerbl. Berufs-gesellschaften	Gemeinde- und Staatsbetriebe
weniger als 1 Stunde	4,89	4,94	5,80
1-2 Stunden	8,57	8,63	9,57
2-3 "	9,10	9,21	10,47
3-4 "	11,24	11,28	11,93
4-5 "	12,20	12,20	12,38
5-6 "	10,24	10,16	9,70
6-7 "	8,13	8,10	7,82
7-8 "	8,68	8,66	8,11
8-9 "	8,54	8,54	8,11
9-10 "	7,59	7,57	7,23
10 und mehr Stunden	10,82	10,71	8,38

Hieraus ist zu ersehen, daß die größte Zahl der Unfälle nach einer Beschäftigung von 4 Stunden eintritt. Die Zahl der Unfälle während der 5. bis 6. Stunde der Arbeitsdauer ist dann etwas geringer, weil nach einem so langen Zeitraum größtenteils eine Pause stattgefunden hat. Die Unfallziffer sinkt dann ziemlich erheblich herab, weil allenthalben nach der 6. Stunde die Mittagspause stattfindet, die eine verhältnismäßig längere Erholung bringt. Während der späteren Stunde tritt dann wieder die Steigerung ein. Wenn die 9. bis 10. Stunde eine Verminderung bringt, so ist das nur scheinbar, denn die Zahl der Arbeiter, die nicht länger als neun Stunden arbeitet, ist schon eine erhebliche.

Ueber den Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität in Deutschland.

	Gesamtzahl der Verurteilten		Von 100 Verurteilten waren	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1884	281 637	64 340	81,4	18,6
1889	303 195	66 449	82,0	18,0
1899	403 316	74 823	84,4	15,6
1909	458 305	85 879	84,2	15,8

Hieraus geht hervor, daß der Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität in den letzten 25 Jahren gesunken ist.

Von 100 Verurteilten gehörten dem weiblichen Geschlecht an bei den Verbrechen und Vergehen:

	1884	1889	1899	1909
gegen Staat, öffentl. Ordnung und Religion	9,5	9,3	10,9	14,0
gegen die Person	15,3	15,1	13,8	14,6
gegen das Vermögen	24,3	23,8	19,8	17,6
im Amte	8,3	8,0	7,4	5,5

Von 100 Verurteilten entfallen auf das weibliche Geschlecht:

	1884	1889	1899	1909
Verletzung der Eidespflicht	26,0	25,1	23,1	29,5
Hehlerei	42,8	40,4	33,4	28,8
Beleidigung	27,3	27,3	26,5	27,5
Diebstahl	27,9	27,9	24,8	20,8
Brandstiftung	19,9	18,4	21,8	17,5
Unterschlagung	19,8	20,3	17,1	17,0
Urkundenfälschung	17,2	18,6	16,2	16,4
Betrug	21,4	20,6	16,5	15,4
Mord und Totschlag	19,3	18,8	22,8	12,1

Die Statistik ist um so interessanter, als doch in zunehmendem Maße die weiblichen Personen Anteil an wirtschaftlichen und öffentlichen Leben nehmen. Damit wird auch den Einwänden der Gegner der Frauenbewegung begegnet, nach welchen durch das Eintreten der Frauen in das wirtschaftliche und öffentliche Leben deren Charakter erheblich gefährdet würde.

Das Lebensalter der gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen.

Altersklasse	männliche	weibliche	zusammen	Proz.
16 bis 18 Jahren	792 260	673 869	1 466 129	10,0
18 " 20 "	839 271	644 636	1 483 909	10,1
20 " 25 "	1 580 263	1 135 418	2 715 681	18,6
25 " 30 "	1 615 155	564 567	2 179 722	14,4
30 " 40 "	2 396 497	652 419	3 048 916	20,8
40 " 50 "	1 530 085	475 429	2 005 514	14,0
50 " 60 "	867 160	306 970	1 174 130	8,5
60 " 70 "	358 850	137 349	496 199	3,2
70 u. darüb. "	44 024	17 166	61 190	0,4
Summa	10 023 565	4 607 825	14 631 390	100,0

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Beschäftigung in abhängiger Stellung am häufigsten ist in der Altersstufe von 20 bis 30 Jahren. In den jüngeren Altersklassen, namentlich vom 16. bis 18. Jahre, ist das weibliche Geschlecht außerordentlich stark vertreten. Es nimmt dann in den mittleren Altersgruppen erheblich ab, um im hohen Alter wieder etwas mehr hervorzutreten.

Weg mit dem Schnaps!

Die Produktion von Spiritus ist ziemlich erheblich zurückgegangen. Aber nach dem letzten Ausweis ist der Verbrauch von Trinkbranntwein wieder etwas gestiegen. Steuer-Erleichterungen und höhere Abschlagspreise der Spirituszentrale reizen zu Produktionssteigerungen. Die Entwicklung des Verbrauchs zeigt folgende Aufstellung:

	Produktion Hektoliter	Trinkverbrauch Hektoliter	Gewerbl. Verbrauch Hektoliter
1908/09	3 654 363	1 489 320	1 044 659
1909/10	3 128 601	1 045 349	1 182 153
1910/11	2 966 423	1 188 263	801 541
1911/12	2 671 501	1 215 348	910 993

Ein Naturwunder.



Schäfer (zum Gutsoverwalter ins Zimmer stürmend): „Derr Entschpetter, mir hent a Naturwunder kriagt: a Schöf mit zwoi Köpf ond acht Füß!“

Verwalter: „Ja Schorsch, das ist freilich ein Naturwunder! (Für sich): Eigentlich noch gar nichts gegen unsern gnädigen Herrn; der ist ein Schaf mit X-Beinen und gar keinem Kopf!“

Unterschied.



Hausfrau: „Pfiu, Berta! Immer schauen Sie hinunter, wenn das Militär vorüberzieht. Das schickt sich nicht für ein anständiges Mädchen!“

Berta: „Aber das gnädige Fräulein von Geheimrats nebenan schaut doch auch jedesmal hinunter!“

Hausfrau: „Das ist etwas anderes; das gnädige Fräulein schaut nach dem Leutnant.“

Vermutung.



Christoph: „Göschts g'feah, d'Wiesabäuere hót jo a verschtauchta Häd?“
Valthes: „Jo, dó wird d'r Wiesabauer wieder net domm Stroich kriagt hau!“

Ein Zufriedener.



Graf v. Schmetteritz (zu sich selber): „Heute morgen habe ich den Landrat gewählt, mittags dem Kennverein präsiidiert, nachmittags als Aufsichtsrat der Länderbank fünfzehn Prozent Dividende bewilligt und kurz vorhin das Referat des Afrikareisenden Wüterich über die Aus-sichten in Ostafrika gehört — nach einem Tag so harter Pflichterfüllung schmeckt einem das, übrigens fein zubereitete Nachtessen doppelt gut.“

Post-Tarife.

Gebühren für Postsendungen.

A. Innerhalb Deutschlands, den deutschen Schutzgebieten, sowie nach Luxemburg, Oesterreich-Ungarn (Bosnien-Herzegowina u. Liechtenstein) und Amerika beträgt das Porto für:

Briefe { frankiert: bis 20 g 10 Pfg., über 20—250 g 20 Pfg.,
unfrankiert: bis 20 g 20 Pfg., über 20—250 g 30 Pfg.
Im Orts- und Nachbarortsverkehr: frankiert bis 250 g 5 Pfg., unfrankiert 10 Pfg.

Soldatenbriefe. Die in Reih' und Glied stehenden Soldaten und die bei der Marine dienenden Mannschaften bis zum Feldwebel oder Wachtmeister aufwärts, mit Ausnahme der Einjährig-Freiwilligen und beurlaubten Soldaten, genießen für ihre Person innerhalb des Deutschen Reichs folgende Porto-Vergünstigungen:

- a. Für gewöhnliche Briefe bis 60 Gramm an die Soldaten kommt Porto nicht in Ansatz, sofern diese Briefe als „Soldatenbrief, eigene Angelegenheit des Empfängers“ bezeichnet sind. Ausgenommen hiervon sind die Stadtpostbriefe, für die das volle Porto zu zahlen sind.
- b. Für die an Soldaten gerichteten Postanweisungen bis 15 Mk. beträgt das Porto 10 Pfg. Aufschrift wie unter a.
- c. Für die an Soldaten gerichteten Pakete ohne Wertangabe bis 3 Kilogramm 20 Pfg. Porto ohne Unterschied der Entfernung. Aufschrift wie unter a.

Alle Sendungen von Soldaten, sowie die unter a bis c nicht bezeichneten Sendungen und solche in rein gewerblichen Interessen des Adressaten oder Absenders genießen keine Porto-Vergünstigungen.

Briefsendungen nach dem Sandschat Novibazar unterliegen den Weltpostvereinstitzen (siehe unter B.).

Postkarten 5 Pfg., mit Antwort 10 Pfg. Unfrankierte Postkarten 10 Pfg.

Im Orts- und Nachbarortsverkehr: frankiert 5 Pfg., unfrankiert 10 Pfg. (Postkarten mit Antwort 10 Pfg.)

Druckfaden (diese müssen frankiert werden) bis 50 g 3 Pfg., bis 100 g 5 Pfg., bis 250 g 10 Pfg., bis 500 g 20 Pfg., bis 1000 g 30 Pfg., nach den deutschen Schutzgebieten außerdem bis 2 kg 60 Pfg.

Im Orts- und Nachbarortsverkehr bis 50 g 3 Pfg., bis 100 g 5 Pfg., bis 250 g 10 Pfg., bis 500 g 20 Pfg., bis 1000 g 30 Pfg.

Warenproben (diese müssen frankiert werden) bis 250 g 10 Pfg., bis 350 g 20 Pfg.

Im Orts- und Nachbarortsverkehr: bis 250 g 10 Pfg., bis 350 g 20 Pfg.

Geschäftspapiere innerhalb Deutschland und Luxemburg: bis 250 g 10 Pfg., bis 500 g 20 Pfg., bis 1 kg 30 Pfg.

Im Orts- und Nachbarortsverkehr: bis 250 g 10 Pfg., bis 500 g 20 Pfg., bis 1 kg 30 Pfg.

Nach den deutschen Schutzgebieten außerdem bis 2 kg 60 Pfg. Nach Oesterreich-Ungarn ufm. unzulässig.

Einschreibgebühr 20 Pfg., **Rückscheingebühr** 20 Pfg. Ebenso im Orts- und Nachbarortsverkehr.

Postanweisungen innerhalb Deutschlands und den deutschen Schutzgebieten, bis 5 Mk. 10 Pfg., über 5—100 Mk. 20 Pfg., über 100—200 Mk. 30 Pfg., über 200—400 Mk. 40 Pfg., über 400—600 Mk. 50 Pfg., über 600—800 Mk. 60 Pfg.; ebenso im Orts- u. Nachbarortsverkehr. Nach Deutsch-Ostafrika ist der Betrag in Rupien

— bis 100 Mk. 20 Pfg., über 100—200 Mk. 30 Pfg., über 200—400 Mk. 40 Pfg., über 400—600 Mk. 60 Pfg., über 600—800 Mk. 80 Pfg. Nach Dänemark bis 360 Kr. — 10 Pfg. für je 20 Mk. — mindestens 20 Pfg. — Nach Oesterreich-Ungarn bis 1000 Kr. 10 Pfg. für je 20 Mk., mindestens 20 Pfg.

Postaufträge in Deutschland und Luxemburg bis 800 Mk. zulässig. Gebühr in Deutschland 30 Pfg. (im Orts- und Nachbarortsverkehr ebenso), in Luxemburg bis 20 g 30 Pfg., über 20—250 g 40 Pfg. Nach Oesterreich-Ungarn mit Liechtenstein, jedoch ohne Bosnien-Herzegowina und Sandschat-Novibazar bis 1000 Kr. Gebühr bis 20 g 30 Pfg., über 20—250 g 40 Pfg.

Postaufträge zur Akzepteholung nur innerhalb Deutschlands zulässig. Gebühr 30 Pfg.

Wertbriefe innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarn mit Liechtenstein, außer Bosnien-Herzegowina und Sandschat-Novibazar, beträgt das Briefporto in der I. Zone 20 Pfg., für alle übrigen Zonen 40 Pfg., außerdem für je 300 Mk. 5 Pfg. Versicherungsgebühr. Wertbetrag unbegrenzt. Für die übrigen Länder besonderer Tarif.

Nachnahmen innerhalb Deutschlands bis 800 Mk. zulässig. Gebühr wie für eine gleichartige Sendung ohne Nachnahme, außerdem 10 Pfg. Vorzeigebühr. Nach Luxemburg und nach den deutschen Schutzgebieten bis 800 Mk., nach Deutsch-Ostafrika bis 600 Rupien = 800 Mk. zulässig. Gebühr wie für eine gleichartige eingeschriebene Sendung ohne Nachnahme. Nach Oesterreich-Ungarn mit Liechtenstein und Bosnien-Herzegowina bis 1000 Kr. zulässig. Gebühr wie für gleichartige eingeschriebene Sendungen ohne Nachnahme. Bei Nachnahme-Paketen nach Oesterreich-Ungarn mit Liechtenstein und Bosnien-Herzegowina muß der Nachnahmebetrag in der Markwährung angegeben sein. Gebühr 1 Pfg. für je 1 Mk., mindestens 10 Pfg.

Postpakete innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich mit Liechtenstein bis 5 kg I. Zone 25 Pfg., II.—IV. Zone je 50 Pfg., über 5 kg für jedes kg mehr: I. Zone 5 Pfg., II. Zone 10 Pfg., III. Zone 20 Pfg., IV. Zone 30 Pfg., V. Zone 40 Pfg., VI. Zone 50 Pfg. Nach Luxemburg bis 5 kg 70 Pfg. Nach Bosnien-Herzegowina und Sandschat-Novibazar bis 1/2 kg 1.05 Mk., über 1/2—5 kg 1.20 Mk. Nach den deutschen Schutzgebieten je nach der Leitung verschiedene Gebühr.

B. Nach sämtlichen übrigen Ländern des Weltpostvereins:

Briefe { frankiert 20 Pfg. für die ersten 20 g und 10 Pfg. für jede weiteren 20 g. Kein Meistgewicht.

Postkarten 10 Pfg., mit Antwort 20 Pfg.

Druckfaden { 5 Pfg. für je 50 g, für Geschäftspapiere
Geschäftspapiere { mindestens 20 Pfg., Gewichtsgrenze 2 kg

Warenproben 5 Pfg., für je 50 g mindestens 10 Pfg., Gewichtsgrenze 350 g.

Einschreibgebühr 20 Pfg. **Rückscheingebühr** 20 Pfg.

Postanweisungen sind zulässig nach den europäischen Ländern (ausgenommen Spanien), den deutschen Schutzgebieten sowie nach den britischen Besitzungen in außereuropäischen Ländern, ferner nach Ägypten, Algerien, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Canada, Caplonie, Chile, China a) Amoy, Canton, Futschau, Hankau, Tschang, Nanking, Peking, Shanghai, Swatau, Tientsin, Tschifu, Tschinkiang, Tsinanfu, Weihien (deutsche Postanstalten); b) Changsha, Hangchow, Kiuikiang, Newchwang, Schasi, Soochow, Taiya

Tongku, Buchang (japanische Postanstalten); c) nach einigen Postanstalten in der Mandchurei, Costa, Rica (nur nach San José), Cuba, Erythrea (italien. Kolonie am Roten Meer), Hawaii, Honduras, Japan, Kanalzone von Panama, Korea, Kongostaat, Kreta, Liberia, Mexiko, Niederl. Kolonien, Ozeaninselkolonie, Peru, Philippinen, Porto Rico, Portugiesische Kolonien in Afrika und Asien, Salvador (San Salvador), Siam (Bangkok), Transvaal, Tripolis, Tunis, Uruguay, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien (Britische Kolonien), Französische Kolonien in Westafrika. In den meisten außereuropäischen Ländern nehmen nur einige Postanstalten an dem Postanweisungs-Austausch teil.

Die Frankierung gilt im allgemeinen nur bis Vereins-Ausgangsgrenze, ebenso die Einschreibung.

Postanweisungen sind nach allen britischen Besitzungen etc. in außereuropäischen Ländern zulässig.

Postaufträge sind nur zulässig nach Aegypten, Belgien, Chile, Dänemark, dänische Antillen, Frankreich mit Algerien und Monaco, Italien mit San Marino und Erythrea, Kreta, nur nach Candia, Ganea, Kethymo, Luxemburg, Niederlande, Niederl. Indien, Norwegen, Oesterreich-Ungarn mit Siebenbürgen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tripolis, Tunis und Türkei.

Nachnahmen: Zulässig nach den meisten Ländern bei Paketen, Briefen, Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapieren. Auf Paketen muß der Nachnahmebetrag in Mark und Pfennigen angegeben sein. Gebühr: 1 Pfg. für je 1 Mk., mindestens 20 Pfg. Auf Briefen etc. muß der Nachnahmebetrag gewöhnlich in der Währung des Bestimmungslandes angegeben werden. Gebühr: wie für eine gleichartig eingeschriebene Sendung ohne Nachnahme.

Gebühren für Telegramme.

Als Mindestbetrag für ein Telegramm werden im allgemeinen 50 Pfg. erhoben; für Stadt-Telegramme 30 Pfg.

Unterscheidungszeichen, Bindestriche und Apostrophe werden nicht gezählt; Punkte, Kommas und Bruchstriche, zur Bildung von Zahlen benutzt, gelten als je eine Ziffer.

Die Wortlänge ist auf 15 Buchstaben oder 5 Ziffern festgesetzt. Die Worttare beträgt nach Deutschland, einschließlich Helgoland (innerer Verkehr) (D) (RO) (MP) 5 Pfg. Deutsch-Ostafrika 2.75 Mk.; nach Bismarckburg 3.15 Mk.

Zulässig sind: 1. Dringende Telegramme (Bezeichnung D). Dieselben haben Vorrang in der Beförderung und Bestellung vor anderen Privattelegrammen. Gebühr: das dreifache eines gewöhnlichen Telegramms. 2. Telegramme mit bezahlter Antwort (Bezeichnung RP). Mindestgebühr: 50 Pfg. für die letztere. 3. Telegramme wieder zurückzuziehen. Für zurückgezogene Telegramme wird, sofern die Beförderung noch nicht begonnen hat, die Gebühr unter Abzug von 20 Pfg. zurückerstattet. 4. Telegraphische Postanweisungen bis 800 Mk. Gebühr: Außer der Gebühr für die Postanweisung die entstehenden Telegramm-Gebühren und der Eilbotenlohn.

C. Dem Weltpostverein gehören noch nicht an:

- I. in Afrika: Britisch Nyassaland, Nord-Nigeria und Rhodesia; Abessinien, Marokko.
- II. in Australien: Banks-Inseln, Tonga-Inseln, Gilbert-Inseln, Neue Hebriden, Salomon-Inseln, St. Cruz-Inseln.
- III. in Asien: Afghanistan (Kabul), Arabien, China (mit Ausnahme der größeren Orte), Ladakh (Tibet).

D. Sendungen

nach dem Vereinsauslande sind zu frankieren, ausgenommen hiervon sind Sendungen nach Abessinien, den britischen Besitzungen in Afrika, China.

Verzeichnis der Messen und Märkte in Baden.

Achern März 26, April 15B, Okt. 28*. Obst von der Kirchenernte bis Ende Okt. an allen Werktagen. **Abelsheim** Jan. 7Schw, Febr. 3RSchw, März 3RSchw, April 7RSchw, Mai 5Schw, Juni 2Schw, Juli 7Schw, Aug. 4Schw, Sept. 1RSchw, Okt. 6Schw, Nov. 3RSchw, Dez. 1Schw. **Baden** März 11RSchw, April 3B, Nov. 11RSchw, Febr. 6B, März 6B, April 3B, Mai 8*, Juni 5B, Juli 24*, Aug. 14B, Sept. 4B, Okt. 9B, Nov. 6*, Dez. 4B. Fruchtm. jeden Donnerstag, event. Mittwoch. Wenn Nahrm. abgehalten wird, findet der Fruchtm. mit diesem statt. **Breisach** Jan. 3Schw, Febr. 7Schw, März 4RSchw, 7Schw, April 4Schw, Mai 2Schw, Juni 6Schw, Juli 4Schw, Aug. 1Schw, 22RSchw, Sept. 5Schw, Okt. 3Schw, 28RSchw, Nov. 7Schw, Dez. 5Schw. **Bretten** Jan. 13**, Febr. 10**, 26, März 10**, April 14**, 23, Mai 13**, Juni 9**, Juli 14**, Aug. 11**, 13, Sept. 9**, Okt. 13**, Nov. 5, 16**, Dez. 9** Schw Dienstags und Samstags, ev. tags vorher. **Buchal** Jan. 22B, Febr. 19B, März 5RSchw, 21B, April 30B, Mai 20HolzgeschirrBretter, 21B, Juni 18B, Juli 23B, Aug. 20B, 26HolzgeschirrBretter, Sept. 17B, Okt. 29B, Nov. 18RSchw, 19B, Dez. 17B, Schw Mittwochs und Samstags, ev. tags vorher. **Bühl** Jan. 13B, Febr. 24, 25*, März 10B, April 14B, Mai 19, 20*, Juni 9B, Juli 14B, Aug. 11, 12*, Sept. 9B, Okt. 13B, Nov. 10, 11*, Dez. 9B. SchwFruchtJanlJanl jeden Montag, ev. tags darauf. Obstm. von Kirchenernte bis Spätjahr jeden Werktag. **Donau-**

eschingen Jan. 11Schw, 29Schw, Febr. 8Schw, 26Schw, März 8Schw, 12B, 26Schw, April 5B, 9Schw, 30* Schw, Mai 10Schw, 28Schw, Juni 14Schw, 24* Schw, Juli 12Schw, 30Schw, Aug. 9Schw, 26B, 27Schw, Sept. 13, 29Schw, Okt. 11Schw, 29Schw, Nov. 11* Schw, 26Schw, Dez. 10, 31Schw. **Geflraninchenm** Montags vom ersten Montag im Januar bis letzten Montag im April und vom 20. Okt. bis letzten Montag im Dezember, ev. tags darauf. **Durlach** Jan. 29B, Febr. 26**, März 4, 26**F, April 21B, Mai 28B, Juni 25B, Juli 30B, Aug. 27B, Sept. 23, 24**, Okt. 20**, Nov. 4, 26B, Dez. 10, 24B. Schw jeden Samstag, ev. tags vorher. S während des Frühjahrs jeden Samstag, ev. tags vorher. **Emmendingen** Jan. 2Schw, 17Schw, Febr. 6Schw, 18* Schw, März 6Schw, April 3Schw, 18Schw, Mai 6* Schw, 16 Schw, Juni 5Schw, 20 Schw, Juli 3Schw, 18 Schw, Aug. 7Schw, 15Schw, Sept. 4Schw, 19Schw, Okt. 1Schw, 17 Schw, Nov. 4* Schw, 21 Schw, Dez. 9* Schw, 19 Schw. **Eugen** Jan. 13, 30B, Febr. 6, 13B, 20*, März 17B, April 24*, 28B, 29B, Juni 10B, Juli 7*, Aug. 4B, Sept. 1*, 18Fohler, Okt. 13*, 30B, Nov. 17*, Dez. 27B. SchwFruchtM. Montags (wenn B in der Woche, fällt Schw Montag aus), event. Samstag vorher. **Obstm** Montags von September bis November. **Sittingen** Jan. 20**, Febr. 17**, 25, März 18, 31**, April 21**, Mai 19**, Juni 16, 30**, Juli 21**, Aug. 18**, 21, Sept. 15, 29**, Okt. 20**, Nov. 11RSchw, 17**, Dez. 15*, 16RSchw, 29**. Schw jeden Mittwoch.